

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben belchäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin N. O., Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6408
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3164

Das Budget eines städtischen Arbeiters.

Eine Anklage gegen die Gemeindeverwaltungen und gegen die agrarische Zoll- und Steuerpolitik des Staates.

Wie die Arbeiter leben, das heißt von dem wirklichen Leben, dem Fühlen und Denken der Arbeiter können sich die meisten derjenigen, die niemals Lohnarbeiter waren, nur sehr schwer eine richtige Vorstellung machen. Man hört, wenn die Arbeiter Forderungen hinsichtlich der Verbesserung ihrer Lage stellen, oft den Einwand, so schlimm, wie die Dinge von den Arbeitern geschildert würden, seien sie nicht, ihre Lage habe sich in den letzten Jahrzehnten verbessert. Nun soll ja nicht bestritten werden, daß die Lage der Arbeiter, dank vor allem der Tätigkeit der Arbeiterorganisationen, sich gehoben hat. Allein diese Besserung steht in gar keinem Verhältnis zu den ungeheuren Reichtümern, die in derselben Zeit die Besitzenden sich aufgeschwemmt haben. Im Vergleich zu den gewaltigen Fortschritten der Kultur auf allen Gebieten ist das Leben der Massen der Arbeiter auch heute noch ein geradezu erbärmliches. Die meisten derjenigen, die sich über die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter entrüsten, würden verzweifeln, wenn sie gezwungen würden, auch nur einige Monate lang ein solches Leben zu fristen.

Nur wer dieses Leben aus eigener Erfahrung kennt, wer weiß, welcher Mut, welche Ausdauer und welche Kunst des Lebens dazu gehört, mit den Löhnen der Arbeiter sich selbst und eine Familie zu ernähren, kann die Empörung begreifen, welche sich der Arbeiter über die agrarische Zoll- und Steuerpolitik bemächtigt hat und die Gefühle nachempfinden, welche die Arbeiter haben, wenn sie im Kampf um eine Verbesserung ihrer Lage von den Organen des Staates an der Ausübung ihrer spärlichen Rechte gehindert werden.

Wie tieftraurig die soziale Lage von Millionen von Arbeitern heute ist, dafür wollen wir an Hand eines Arbeiterbudgets einen Beweis erbringen. Es handelt sich um das Budget eines bei der Stadt Durlach beschäftigten Arbeiters. Die Zahlen dieses Budgets gewähren traurige Einblicke in das Leben dieses Arbeiters nicht nur, sondern in das von Hunderttausenden seiner Leidensgenossen. Trotz größter Sparsamkeit, trotz der Mitarbeit der Frau weist dieses Budget wie viele andere ein Defizit auf. Dabei hat unser Kollege im letzten Jahre auf Grund des Arbeiterstatuts eine Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde erhalten, was einen Mehrverdienst von 13,32 Mk. pro Jahr ausmachte. Er bezieht jetzt einen Stundenlohn von 40 Pf., ist also noch einer der „besser“ bezahlten städtischen Arbeiter. Er ist Mitglied des Konsumvereins und deckt seinen ganzen Bedarf bei diesem Verein, was ihm am Jahresabschluss die kleine Rückvergütung von 28,18 Mk. einbrachte. Die Familie besteht aus Mann, Frau und zwei Kindern. Der Lebenskonsum ist äußerst gering,

er betrug 88 Mk. im ganzen Jahre, dagegen konsumierte die Familie große Quantitäten Milch. Die Ernährung ist demnach so zweckmäßig wie möglich. Es handelt sich also um eine kleine Familie, die einen in jeder Beziehung rationellen Haushalt zu führen bestrebt ist. Und nun lassen wir die Zahlen reden:

Einnahmen:	
Jahresarbeitsverdienst	1078,04 Mk.
Nebenverdienst	29,50
Krankengeld	4,—
Verdienst der Frau neben der Hausarbeit	181,47
Dividenden vom Konsumverein	23,18
Ausgaben:	
Mehl	13,25
Brot	111,18
Kaffee und Kaffeezusatz	22,44
Milch (natürliche)	163,70
Milch (kondensierte)	51,14
Zucker	30,87
Schmalz	51,18
Obst	8,08
Suppenzutaten, Gemüse und Hülsenfrüchte	16,17
Eier	42,96
Butter und Käse	8,10
Fleisch und Wurstwaren	115,11
Essig, Salatöl, Salz	11,50
Kalao	4,—
Getränke und Sonstiges	12,00
Kartoffeln	5,90
Haarwasser (Nose)	41,80
Petroleum, Seife, Spiritus	37,10
Händhölzer (10 Pakete)	2,80
Wäsche und Schuhwerk	8,90
Zigaretten und Tabak	44,29
Frühstück- und Vesperbrot	44,27
Taschengeld	69,15
Wohnungsmiete	150,—
Brennstoffmaterial	78,82
Feuer- u. Lebensversicherung (letztere für die Kinder)	29,10
Staats-, Gemeinde- und Kirchensteuern	18,50
Arzt- und Apothekerrechnung	15,85
Schule und Kleidung	96,35
Haus- und Küchengeräte	16,23
Politische und gewerkschaftliche Organisationen, Zeitungen, Sammelkisten usw.	40,02
Haarschneiden und Rasieren	7,85
Sonstige kleinere Ausgaben	1,10
Einmalige größere Auslage	20,—
Gesamteinnahme	1821,19 Mk.
Gesamtausgabe	1324,95
Das Resultat ist ein Defizit von	496,24

Tabei bebaut der Kollege noch ein kleines Ackerchen, woraus er den größeren Teil seines Bedarfs an Kartoffeln und Gemüse zieht, daher die niedrigen Summen für diese Kosten im Budget.

Als Ergänzung schreibt uns der Kollege noch folgendes: „Ich habe 2810½ Arbeitsstunden, 614 Stunden zu 38 Pf. und 2196½ Stunden zu 40 Pf. Dazu 32 Stunden, an denen ich nicht arbeiten konnte (wir heißen sie „Regenstunden“), die natürlich nicht bezahlt werden. Dann kommen noch 35 Stunden für einige Tage, wie Fastnacht, Kirchweih, Gründonnerstag, die ebenfalls einen Lohnausfall aufweisen. Ungerechnet die Feiertage, die noch in die Wochentage fallen. Ueber 11 Stunden arbeite ich überhaupt nicht, wenn irgend möglich.“

An der Hand seines genau geführten Haushaltungsbuches hat nun dieser Arbeiter eine Statistik über die Wirkung der Steigerung einiger Lebensmittelpreise gegen das Jahr 1909 gemacht, die gleichzeitig auch bezeichnende Streiflichter auf die Wirkungen der Reichsfinanzreform wirft. Für ein gleich großes Quantum bezahlte unser stollege gegenüber dem Vorjahre mehr:

Schmalz	10,73 Ml.
Zucker	2,58 „
Kaffee	1,29 „
Fleisch	9,65 „
Bündhölzer	1,80 „
Seife	1,53 „
Tabak und Zigarren	6,84 „
Bier	6,48 „
	<hr/>
	40,90 Ml.

Für diese acht Produkte betrug also die Mehrausgabe rund 41 Ml., wovon Bier, Tabak, Zigarren und Bündhölzer mit rund 15 Ml. auf die „Zerlegungen“ der Finanzreform entfallen. Diese einfache Feststellung beweist aber auch schlagend, was die ganze Kabulistik der Schnapsblodparteien, namentlich des Zentrums, über die Wirkungen der Finanzreform wert ist.

Aber auch den Gemeindeverwaltungen möchten wir dieses Budget eines Arbeiters zu eingehendem Studium dringend empfehlen. Dieser Arbeiter bezieht einen der höchsten Stundenlöhne, die für ungelernete Arbeiter von der Stadtgemeinde bezahlt werden. Wenn da schon bei schmaler Lebenshaltung die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, wie müssen erst die Arbeiter mit niedrigeren Stundenlöhnen daran sein! Der Kollege hatte keine größere Krankheit, keinen Geburts- oder Sterbefall in seiner Familie zu verzeichnen, die Verhältnisse waren durchaus normale. Wie nun, wenn ein solch besonderer Fall, der erhebliche Kosten verursacht, eingetreten wäre?

Die Herren, welche sich so gerne über die Vorgehrlichkeit der Arbeiter entrüsten, mögen doch einmal, wenn auch nur probeweise, ein solches Leben auf einige Wochen oder Monate „genießen“. Voransichtlich würden sie dann die gewerkschaftliche und politische Tätigkeit der Arbeiter anders beurteilen als es jetzt geschieht. Es gehört in der Tat ein starker Lebensmut und eine große Portion Energie dazu, ein solches Leben als ehrlicher Mensch Jahre um Jahre zu führen, um nicht zu verzweifeln.

Wenn man die zeitweilig erfolgten Erklärungen mancher sozialgesinnten Kommunalpolitiker in Betracht zieht, es müsse ein auskömmlicher Lohn von der Stadtgemeinde gezahlt werden, so sieht es damit einstweilen noch windig aus. Die Stadtverwaltungen, die ihren Arbeitern zumuten, dauernd in solch bedrückter Lage zu verharren, machen sich damit einer groben Pflichtverletzung schuldig. Des Mißmens der kommunalen Sozialpolitik hat es oftmals schler sein Ende. Wenn es aber gilt, im eigenen Betriebe der Gemeinde musterzügliche soziale Fürsorge zu schaffen durch ausreichende Lohnsätze, so versagt auf einmal die vielgepriesene Sozialpolitik.

Angefihts dieser sprechenden Zahlen wird man es aber auch begreifen, warum die Arbeiter den schwarzblassen Schnapsblod und alles was zu ihm hält, so tief hassen und warum sie alles daran setzen werden, ihm eine Niederlage zu bereiten, von der er sich nicht wieder erholen wird. Es ist geradezu eine wahrwitzige Politik, die den Massen des Volkes fortgeribt das Leben verteuert, die weil man die Reichen aus „Familienjinn“ von der Erbschaftsteuer vertheidigt. Diese Politik muß aufreizend wirken und sie tut es auch. Die nächsten Reichstagswahlen werden die Quittung dafür bringen.

Die Aerzte als Unfallgutachter.

I.

Am 27. Februar 1905 behauptete der damalige Staatssekretär Graf v. Posadowsky im Reichstage, es sei „eine Erscheinung, die in weiten Kreisen beobachtet werde, daß Arbeiter, welche auch nur kleine Verletzungen erlitten haben, den Kampf um die Rente in einem gewissen krankhaften, nur psychologisch erklärbaren Zustande führen“. Zum Beweise für seine Behauptung berief er sich auf einen berühmten Kernarzt. Zwischen dem denkt man jedoch noch viel ungünstiger über die „Rentensucht“ der Arbeiter. Der Grund ist darin zu suchen, daß der ursprüngliche Plan, durch die sozialen Versicherungsgefeke der Sozialdemokratie den Blind aus den Sogeln zu nehmen, elend gescheitert ist. Darüber hat man im vergangenen Jahre aus Anlaß der 25-jährigen Jubiläumsfeier der Unfall- und Krankenversicherung in Wort und Schrift die wehleidigsten Klagen geführt. Es würde aber auch traurig sein, wenn es wegen der „abgeschwächten Gedanken der Sozialisten“, wie der tüchtigste Sozialpolitiker des Zentrums die sozialpolitischen Geseke genannt hat, anders gekommen wäre!

Es hat den Anschein, als wenn gerade in den letzten Jahren die Aerzte besonders eifrig als Scharfmacher auftreten. Neuerdings ist z. B. von einem gewissen Dr. Wölter ein Buch über „Die Herrschaft der Sozialdemokratie in der Krankenversicherung“ erschienen, in dem behauptet wird, die gesamte Fürsorgegesetzgebung habe eine demoralisierende Wirkung gehabt, sie habe die Gerabehung des Pflichtbewußtseins, die Schwächung der Energie, Steigerung der Vorgehrlichkeit und Verbreitung von Lug und Trug gefördert! Dieses Urteil ist eine Nichtswürdigkeit sondergleichen. Gerade die Aerzte werden von den Berufsgenossenschaften direkt dazu mißbraucht, die Verletzten um ihre gesetzliche Unfallrente zu bringen. Dafür nur ein Beispiel: Der „Citroneuhischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft“ war die Zahl der Rentenempfänger zu hoch; sie läßt deshalb seit etlichen Jahren „Revisionen“ der Rentner und Rentenbewerber durch besondere Aerzte vornehmen. Wie bei der bekannten Tüchtigkeit der Vertrauensärzte beim Entziehen und Quetschen der Renten nicht anders zu erwarten war, machte sich diese „Revision“ sehr gut bezahlt. Hunderte Rentenempfänger, die seinerzeit ebenfalls auf Grund ärztlicher Gutachten und nach mehr oder weniger langem Kampf eine Rente erhalten hatten, wurden einfach als „Simulanten“ erklärt und ihnen ihre „Schnapsrente“ abgenommen. Bei 2561 Revisionen im Jahre 1909 wurden 915 Renten eingestellt und 307 erniedrigt, und 1900 bei 2182 Revisionen 749 Renten eingestellt und 307 erniedrigt. Allein hieraus betrug die Ersparnis der Berufsgenossenschaft 1908 48 865 Mark und 1909 32 683 Ml. Auch die Rentenbewerber wurden scharf auf Horn genommen. Das bewirkte, daß die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle kolossal abnahm, obwohl die Zahl der Unfälle, die zur Anmeldung gelangten, weiter stieg. Die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle betrug 1905: 3893, 1906: 3384, 1907: 3209, 1908: 2823 und 1909 nur noch 2341! Gegen 1905 sank also ihre Zahl um 1500. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn wir diese Arbeit als eine wahre Denkersarbeit bezeichnen, welche den Zweck der Unfallversicherung fast illusorisch macht. Das Geschrei von der angeblichen Simulation der Verletzten ist überhaupt sehr groß. Aerzte haben schon die Bücher darüber geschrieben. Ein Arzt vertritt in einer Broschüre die Ansicht, daß 70 Proz. der Rentenempfänger eine zu hohe oder zu langandauernde Rente erhalten. Manche Aerzte wollen auch von der für die Verletzten so unheilvollen „traumatischen Neurose“ nichts wissen und verlangen, daß man für nervöse Unfallfolgen überhaupt keine Rente zahlen solle.

Aus diesen Gründen ist es notwendig, daß wir die Gutachtentätigkeit der Herren Aerzte einmal gehörig unter die Lupe nehmen. Auch der Arzt unterliegt Irrtümern. Fast in allen Rentenstreitigkeiten finden wir, daß sich ärztliche Gutachten widersprechen. Auch

den Verleten ist das nicht unbekannt. So schreibt zum Beispiel Dr. Reichardt-Würzburg in seinen „Bemerkungen über Unfallbegutachtung und Gutachterwesen“: „Je nachdem ein Verlehter zufällig zu dem einen oder anderen Gutachter kommt, wird der Zusammenhang (zwischen Unfall und Krankheit) bejaht oder verneint. . . Manchmal ist es so, daß der gleiche Verlehte zur gleichen Zeit von zwei verschiedenen Gutachtern oder in zwei verschiedenen Instituten so verschieden begutachtet wird, daß man beim Lesen der Gutachten an der Identität des Verlehten zweifeln möchte.“ Auch Professor Schulze-Greifswald erkennt in seiner Arbeit: „Der Kampf um die Rente“ an, daß die Abschätzung des Grades der Erwerbsunfähigkeit mehr oder weniger Gefühlsache sei. „Von verschiedenen Sachverständigen angenommene Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit kann in demselben Fall großen Schwankungen unterliegen, selbst bei übereinstimmender Auffassung des klinischen Befundes.“

Volkswirtschaft und Gewerkschaften.

II.

Beschränken wir jedoch die vergleichende Betrachtung auf die Tatsache der unverhältnismäßigen Zunahme der industriellen Bevölkerung, so haben wir schon oben gesehen, daß der Koeffizient dieses Zuwachses einen Faktor einschließt, der Steigerung der Kosten der Volkswirtschaft heißt. Auch die Steigerung der Kosten der Reichspolitik, der erhöhten Rüstungen zu Wasser und zu Lande, spiegelt sich in einer Vermehrung der industriellen Bevölkerung wider, und ob man diese Rüstungen nun für noch so notwendig halten mag, so kann darüber doch kein Streit sein, daß die Ausgaben für sie unter dem Gesichtspunkt der Volkswirtschaft genau so auf deren Unkostenkonto zu setzen sind wie in der Durchführung der Einzelarbeit der Lohn des Wäblers. Für die Volkswirtschaft als Ganzes sind die Löhne der Arbeiter und die Profite der Unternehmer im Kohlenbergbau, der Hüttenindustrie, den Geschützgießereien usw., soweit sie für den Bedarf von Heer und Marine des Reiches bezahlt werden, Nachwächterlöhne. Indessen sind sie keine aus rein wirtschaftlichen Bedingungen sich ergebende Unkosten, wie es der größte Teil der Ausgaben für den Verkehr sind, zu denen neben Löhnen von Eisenbahnern, Eisenbahnwerkstättenarbeitern, Hüttenarbeitern usw., auch die Löhne eines Teils der Kohlenbergwerksarbeiter gehören. Von den über 80 Millionen Tonnen Steinkohlen, die im Jahre 1908 im Deutschen Reich mehr verbraucht wurden als im Jahre 1889, mag mehr als ein Drittel auf den Bedarf der Verkehrsbetriebe einschließlich des auf diese entfallenden Teils der Hütten-, Maschinen- usw.-produktion entfallen, also im entsprechenden Verhältnis das Konto der volkswirtschaftlichen Unkosten belasten. Und dieses Konto wächst, soweit nicht technische Verbesserungen Ersparnisse im Verhältnis von Kohlenverbrauch und Kraftwirkung herbeiführen, was aber bei den Diesellokomotiven unserer Tage mit der Zeit immer schwerer wird, progressiv, weil die Förderkosten der Steinkohlen sich neuerdings wieder teurer stellen.

Nachdem die Förderkosten der Steinkohlen im Laufe des 19. Jahrhunderts bis auf fast den neunten Teil der Höhe des Jahres 1800 gefallen waren, haben sie schließlich einen Stand erreicht, wo Ersparnisse immer schwerer zu erzielen sind. Im Jahre 1889 betrug nach dem statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich die durchschnittliche Jahresförderung pro Kopf der Belegschaft 281 Tonnen, im Jahre 1890 waren es 268, im Jahre 1900 nur noch 250 Tonnen. Die Vorstellung, daß dem in der Volkswirtschaft obwaltenden Gesetz der sinkenden Vollerträge in der Industrie ein Gesetz steigender Produktionsverträge gegenüberstehe, ist eine voreilige Verallgemeinerung. Beide Gesetze sind Formulierungen von Tendenzen, die sich nur unter gewissen Bedingungen mit der elementaren Kraft eines Naturgesetzes geltend machen, für die es aber, wo diese Bedingungen im Defizit kommen, immer wieder Grenzen gibt, wo Stillstand oder selbst Rückgang eintritt. Da die Kohlen aus immer größerer Tiefe geholt werden müssen, ist trotz verschiedener Verbesserungen statt einer Steigerung der Fördermenge pro Kopf der Belegschaft im Durchschnitt eine Abnahme eingetreten, während die Arbeitslöhne, in Geld ausgedrückt, eine Erhöhung erfahren haben. Auch abgesehen von der Preispolitik des Kohlenfundits ist dabei die Kohle immer teurer geworden. Im Jahresfünft 1891 bis 1898 war der Durchschnittspreis der Tonne guter weisfalscher Förderkohle ab Wert 7,88 Mk., im Jahresfünft 1904 bis 1909 aber 9,96 Mk. In derselben Zeit stieg der Preis grober englischer Dampfkohle ab Nord-Damberg von 13,78 auf 16,28 Mk. Es ist also kein spezifisch nationaler Vorgang, um den es sich da handelt.

Auch ist es nicht nur die Kohle, deren Verteilungskosten gestiegen sind. Die Produktionskosten der Stapelerzeugnisse der Volkswirtschaft sind in den Ländern, die den Weltmarkt versorgen und dadurch die Bewegung der Preise grundlegend bestimmen, in den letzten Jahren ganz wesentlich höhere geworden. In den

Bereinigten Staaten sind die Preise für Vieh und Getreide von den niedrigen Höhen der neunziger Jahre, die in Deutschland und andertwärts der Bewegung der Landwirte einen fast elementaren Charakter verliehen und das Wort von der Kollase der Landwirtschaft als keine bloße Nebenart erscheinen ließen, um gegen 50 Proz. gestiegen, und wie sehr diese Aufwärtsbewegung den Weltmarktpreis beeinflusst, geht daraus hervor, daß trotz Australien, Kanada und Argentinien das der Einfuhr freie England für Jerealien eine fast gleiche Preissteigerung verzeichnet. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die nächsten Jahre wieder einen Rückgang der Weltmarktpreise von ihrer jetzigen Höhe bringen werden, da viel Land, das heute unbenutzt liegt, nun in Bewirtschaftung genommen werden wird. Aber es ist durchaus unwahrscheinlich, daß wir einen zweiten Preisfall bis auf die Höhe von 1894—1903 erleben werden. Wir haben uns vielmehr mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß die Weltmarktpreise der Agrarerzeugnisse sehr wesentlich über jenem Niveau bleiben werden. Mit den Bodenschätzen und den Bodenprodukten läßt sich nicht nach Belieben wirtschaften, und wenn auch kein Grund vorliegt, sich in Betrachtungen über eine bevorstehende Einschränkung des Nahrungsmittelpelraumes zu verlieren, so sind doch diese Frage und die Frage der Rückkehr zu billigen Nahrungsmitteln zweierlei. Was aber die Bodenschätze betrifft — und dies gilt ganz besonders von der Kohle —, so zehren wir ein Kapital auf, von dem wohl noch auf Jahrtausende hinaus Vorräte im Erdinneren schlummern, an das wir aber nur mit zunehmendem Arbeitsaufwand heran können und dessen Genuß uns daher immer teurer zu kommen droht.

Was alles dies mit der Gewerkschaftsfrage zu tun hat, wird man ohne weiteres begreifen, wenn man sich erinnert, welche überragende Rolle in der Gewerkschaftsbewegung die Lohnfrage spielt. Von den 9034 Angriffstreiks, die die deutschen Zentralverbände im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts, von 1900 bis 1909, führten, betrafen 4544 mit 370 606 Beteiligten lediglich Lohnforderungen, 3316 mit 638 474 Beteiligten Lohnfragen im Verein mit Fragen der Arbeitszeit, und nur bei 1174 Angriffstreiks mit 62 474 Beteiligten kamen Lohnfragen nicht oder nicht direkt in Betracht. Außerordentlich groß ist noch die Zahl der Arbeiter, die die Gewerkschaft lediglich unter dem Gesichtspunkt des Kampfes um den Lohn betrachtet und werten, und sehr groß auch die Zahl derer, die in der Vorstellung leben, daß die Lohnfrage eine reine Nachfrage sei, bei der die Entscheidung nur von der Wucht des Angriffs, der Ausdauer der Kämpfenden und dem Geschick sowie der Schneidigkeit der Führer abhängt, daß die Bemessung der Lohnforderungen lediglich Sache der Taktik sei. Mit der Frage der Arbeitszeit verknüpft sich die der Lohnfrage dadurch, daß die Arbeiter sich dagegen wehren, Verkürzungen der Arbeitszeit mit Verkürzungen ihres Lohnneinommens zu bezahlen, bisweilen auch zu gleicher Zeit Reduktion der Arbeitszeit und Lohnerhöhung fordern. Des weiteren ist noch stark die Meinung verbreitet, daß Verkürzung der Arbeitszeit, wo sie in größerem Umfange erfolgt, allein schon Beschäftigung von mehr Arbeitern und so auch Erhöhung des Lohnquantums für Arbeiter im Gefolge habe.

Das ist nun alles sehr begreiflich. Das Streben der Arbeiter nach Erhöhung ihrer Lebenshaltung ist nicht nur ihr Recht, sondern sogar eine kulturelle Notwendigkeit. In welchem Maße und mit welchen weiteren Wirkungen wird es aber durch die heutige Lohn- und Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften erfüllt? Wie wirkt sie auf die Vorbedingung dieses Jutes, die Vermehrung der Gütererzeugung, zurück? In welchem Umfange ist unter heutigen Verhältnissen eine andere Verteilung der Einkommensgüter mit Nutzen für die Volkswirtschaft durchzuführen? Haben die von den Gewerkschaften erklämpften Lohnerhöhungen die Arbeiterchaft im allgemeinen annähernd gleichmäßig gehoben, oder drohen sie nicht die Einkommensunterschiede in der Arbeiterklasse selbst zu steigern und damit, statt in der Richtung eines sozialen Ausgleichs zu wirken, bloß Verschiebungen in der Ungleichheit herbeizuführen? Das sind die wesentlichsten der Fragen, die Alfred Weber aufwirft. Dem in der Geschichte der volkswirtschaftlichen Diskussionen Verwanderten sind sie nicht neu. Schon vor 60 und 70 Jahren ist über sie lebhaft gestritten worden, und Weber selbst greift verschiedentlich auf frühere Diskussionen zurück. Aber welche Frage der Volkswirtschaft der Gesellschaft des freien Verkehrs kann überhaupt als ein für allemal erledigt gelten, solange diese Gesellschaft selbst fortbesteht? Tauchen nicht auch die alten Fragen der Rente, der Handelspolitik, der Anleihenpolitik, der Währung immer wieder von neuem auf, müssen ihre Theorien nicht immer wieder sich im Licht neu gesammelter Erfahrungen von neuem bewähren oder modifizieren? Es ist nichts Unerhörtes, wenn nach einer Epoche großen Aufschwungs und einer äußerst intensiven Betätigung der Arbeiterorganisationen die Arbeiterkämpfe abgehenden Volkswirtschaftsfragen von neuem zur Debatte gestellt werden. Es ist nichts Neues und auch nichts, was die Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse abzulehnen Ursache haben. So gehe weiter und sage: Die Fragen Alfred Webers ernsthaft und offenen Blickes zu prüfen, hat niemand mehr Grund, als die auf dem Felde der Theorie agierenden Vertreter der Arbeiterbewegung.

♦ Aus Politik und Volkswirtschaft ♦

Vom Reichstag.

Die dritte Januarwoche brachte im Reichstag eine ununterbrochene Kette anstrengender Auseinandersetzungen und Kämpfe. An allen Tagen drehte es sich um die zweite Beratung (Besung) eines Wertzuwachssteuergesetzes.

Zuwachssteuer — was ist das? Um das verständlich zu machen, müssen wir einmal etwas weiter ausholen.

Einige Jahrzehnte, nachdem der Sozialismus von der Arbeiterklasse auf den Schild erhoben worden war, trat in Amerika ein Mann namens Henry George auf und verkündete die Lehre von der Bodenreform. Man kann ihn einen Halbsozialisten nennen. Die Sozialdemokratie verlangt die Verwandlung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in gemeinsames Eigentum, Henry George forderte eine solche Verwandlung nur von einem solchen Produktionsmittel, dem Grund und Boden. Er begründete das damit, daß, während alle anderen Werte im Leben der Menschen von diesen selbst geschaffen worden seien, der Grund und Boden von ihnen vorgefunden worden sei. Alles andere Eigentum sei der Ertrag der Arbeit einzelner Menschen — daher müsse man im allgemeinen das Privateigentum aufrechterhalten; nur der Grund und Boden sei nicht Arbeitsertrag einzelner Menschen — deswegen müsse er allen gehören. Dann werde alle Not ein Ende haben.

Es ist hier nicht die Stelle, den großen Irrtum Georges über die Entstehung und das Recht des Privateigentums überhaupt zu berichtigen; ein sozialistisch geschulter Arbeiter erkennt ihn von selbst. Aber im Punkte des Grund- und Bodenbesitzes hatte George jedenfalls recht; hier deckt er sich in Anschauung und Forderung mit der Sozialdemokratie.

Aber eben das war auch die Ursache, warum seine Lehre sowohl in Amerika wie in Europa wenig Anhänger fand. Ueberzeugten Sozialisten ging er nicht weit genug, anderen ging er wieder viel zu weit. So muchs das Fährlein seiner Getreuen nicht, weder hiesjeits noch jenseits des großen Wassers.

Das ist, in Deutschland wenigstens, erst seit etwa zehn Jahren anders geworden. Da trat an die Spitze des kleinen Georgeischen Bundes für Bodenreform ein ehemaliger Lehrer, Adolf Damaschke, ebenso ehrgeizig wie als Organisator geschickt. Er durchschaute den Grund, warum es nicht vorwärts ging. Und kurz entschlossen kramte er das ganze Programm der Bodenreform um, indem er ihm einfach sein Rückgrat ausbrach. Die Forderung der Verwandlung des privaten Eigentums an Grund und Boden in gemeinsames Eigentum der Gesamtheit, also die Hauptsache des Georgeischen Programms, stellte er einfach in einen Winkel beiseite. Und er beschränkte sich statt dessen in der Hauptsache auf drei kleine Einzelsforderungen, die sich zu jener Hauptforderung verhielten wie drei Scheiteln Holz zu einem mächtigen Baumstamm. Er verlangte, daß die Gemeinden möglichst viel Grund und Boden käuflich erwerben möchten, um einen Teil von ihm wieder an Gemeindeglieder auf 99 Jahre zur Bebauung mit Bohnenhäusern zu verpachten. Nach 99 Jahren soll dann das Land und das darauf befindliche Haus unentgeltlich wieder an die Gemeinde zurückfallen. Ferner verlangte er bei dem Verkauf von Terrains, Grundstücken, Nekern zwischen Privaten die Erhebung einer Umsatzsteuer und einer Wertzuwachssteuer. Durch letztere soll der Verkaufssatz, durch letztere der Wertzuwachs besteuert werden, der in der Zeit zwischen dem letzten und dem nun erfolgenden Verkauf entstanden ist. Da durch das Bekanntnis zu diesen drei Forderungen niemand mehr in den Verdacht der sozialdemokratischen Bestimmung kam, fielen dieser nunmehr so verwascherten Bodenreformidee Ungezählte aus bürgerlichen Kreisen zu, die, ohne sich in ihrer Stellung zu schädigen, doch auch „sozial“ sein wollten. Auf diese Weise ist der Bund für Bodenreform heute zu einer großen Organisation geworden, der selbst Grafen und Barone, Gzellenzen und Hochwürden angehören.

So minimal aber diese drei Forderungen auch im Vergleich zu dem ursprünglichen Ziel von Henry George sind, so sind sie doch gesund und gut. Namentlich von der Wertzuwachssteuer gilt das. In Deutschland werden jährlich 800 000 Menschen mehr geboren als sterben. Die wollen arbeiten, essen und wohnen. Sie finden ihre Arbeit ausschließlich in der Industrie, denn Deutschland ist ein Industrieerland geworden. Deshalb drängen sie alle in den Städten und größeren Industrieortern zusammen. Die Menschen dort nehmen rapid zu, aber nicht im geringsten der dort befindliche Boden, auf dem sie, immer dichter gedrängt, wohnen müssen. Deshalb steigt derselbe unaufhörlich im Wert: Hausbesitzer machen oft glänzende Geschäfte, wenn sie ihr Haus verkaufen; Bauern, deren Land dicht vor den Toren solcher Orte liegt, das nur zu Pauland dringend gebraucht wird, heimten Millionen ein (Beispiel: Wilmersdorfer Millionenbauern); Terraingesellschaften bilden sich, kaufen Terrains rechtzeitig auf, um sie für Absenngewinne wieder loszulassen, wenn sie „baureif“ wurden. So entsteht ein Wertzuwachs, der durch nichts verdient wird, der einfach durch das Zusammenströmen von Menschen und deren Wohnbedürfnis von selbst entsteht. Auch auf dem Lande gibt es

heutzutage einen solchen unerbiedigen Wertzuwachs. Hier ist es die Zollpolitik des Deutschen Reiches, die die Ertragsfähigkeit der Güter und damit ihren Wert ohne Zutun der Besitzer um ein Drittel ihres früheren Wertes erhöht hat. Was also kann leichter eine lästige Steuer vertragen, als solch ein beim Verkauf mühelos gemachter Gewinn?

Als darum vor etwa einem Jahr die deutsche Reichsregierung einen Gesetzentwurf für eine Wertzuwachssteuer einbrachte, wurde er von allen Parteien im Reichstag begrüßt; die einen meinten es dabei ehrlich, die anderen mit Vorbehalt. Die Arbeiterpartei war besonders dafür, nur wünschte sie, daß der Hauptertrag aus der Steuer den Gemeinden, nur ein Rest dem Reiche zugute käme, und daß der Anteil des Reiches an der neuen Steuer dazu verwendet würde, um die Kriegsschulden zu unterstützen und die drückende Zündholzsteuer wieder abzuschaffen.

Der Gesetzentwurf ist inzwischen, fast 1/2 Jahr lang, in einer Kommission beraten worden. Und schon bei diesen Beratungen, die sehr schwieriger Natur waren, trat der blaue schwarze Block in seine altgewohnte Tätigkeit, zu dem Zweck, den Agrarier die größte Freiheit von den Steuern zu verschaffen. Er setzte, da er auch in den Kommissionen wie im Plenum des Reichstages die Mehrheit hat, schon dort Bestimmungen durch, die den Agrariern, und da Gesetzesparagrafen für alle gelten, auch den Terrainspekulanten und Millionenbauern vor den Toren der Gemeinden weitestgehende Steuerbefreiungen bringen. Auch die Fürsten, meist die größten Grundbesitzer in Deutschland, sollten steuerfrei bleiben. Nur der kleinere und mittlere Grundbesitz ist der Hauptleidtragende, daneben die Gemeinden: denn den Löwenanteil aus dem Steuerertrag sollen nicht sie, sondern das Reich bekommen. Das aber soll die Gelder hauptsächlich zu Ausgaben für eine neue Militärvorlage verwenden.

Gegen diese Verschlechterungen, die das ganze Geich völlig umgefallen, wurde nun, nachdem die Kommissionsberatungen darüber abgeschlossen sind, und es von neuem vor das Plenum des Reichstages gebracht ist, in der ganzen vergangenen Woche von der linken Seite des Hauses, namentlich auch der Arbeiterpartei auf das heftigste angeknüpft. Und noch, trotz fünfjähriger Redeschlacht, ist der Kampf nicht zu Ende; am Dienstag nächster Woche geht er weiter.

Aber die Aussichten, daß die Linke ihren Willen durchsetzt, sind gering. Der blaue schwarze Block nutzt die Salgenfrist, die er noch bis zu den Wahlen hat, gründlich aus, um, genau wie bei der Finanzreform, sich und die Klassengenossen von jeder Steuerlast zu brüden, sie vielmehr ändern, ärmeren, aufzuhähen.

Behlendorf, 21. Januar 1911. Paul Göhre.

40 Jahre Deutsches Reich. Am 18. Januar d. J. feierte das Deutsche Reich seinen 40. Gründungstag. Was die Schaffung des Deutschen Reiches für die wirtschaftliche Entwicklung bedeutet, das zeigt der glänzende Aufstieg der deutschen Industrie. Die Junker und Junkerengenossen von heute können sich nicht genug tun in phrasenhafter Begeisterung für das Deutsche Reich, und doch waren es gerade ihre Väter, die der Vereinigung der deutschen Staaten die schwersten Hindernisse bereiteten. Sie haben es verschuldet, daß nicht schon längst vor 1871 Deutschland ein einheitliches Ganzes bildete. Die besten Vorkämpfer deutscher Einheit sind in der größtenteils Art draigialisiert worden. Robert Blum und Fröhlicher hat man hingemordet, Arndt, Jahn, Kinkel, Neukirch jahrelang in die Kerker gesteckt. Wie heute organisierte Arbeiter wurde damals jeder als Hochverräter und Umstürzler bestraft, der für Deutschlands Einigung eintrat. Selbst Friedrich Wilhelm IV., dem die Frankfurter Nationalversammlung 1848 die Kaiserkrone anbot, wies sie zurück, weil sie aus „Dred und Letten“ bestche, „behaftet mit dem Ludergeruch der Revolution“. Und heute nach 40-jährigem Bestehen des Reiches ist Deutschland im Verzen noch immer nicht geeint. Auf dem fortschrittlichen Süden lastet das erreaktionäre Preußen. Im Reichstag konnte es der Junker v. Odenburg fertig bringen, dem „zuchlosen Süden“ mit „preuhischen Bajonetten“ zu drohen, „um Ordnung zu schaffen“. Die Veteranen, die für Deutschlands Einigung auf den Schlachtfeldern Blut, Leben und Gesundheit einsetzten, hungern noch immer. Elsas-Lothringen soll zwar endlich eine Verfassung erhalten, wobei es aber zur Kron-domäne Preußens degradiert und ihm nicht einmal eine Vertretung im Bundesrat zugesichert wird. Und was hat das Deutsche Reich der Arbeiterschaft gebracht? Eine fortgesetzte Schikanierung und Drangsalierung seiner Organisationen, eine Polizeimilitär sondergleichen, von der Herra Tejjendorf angefangen über das 12-jährige Ausnahmegesetz bis zu den Tagen von Noabit. Ein Steuersystem, das dem werktätigen Volke die Laifen des Reichshaushalts allein aufbürdet, dessen Ausgaben zum größten Teile für unproduktive und kulturfeindliche Zwecke erfolgen. Und doch sagen auch wir: Laßt Euch die Freude am Deutschen Reich nicht rauben; denn wenn es zurzeit auch noch im Besitz der ärgsten Volkseinde ist, so wollen wir und ein freies Deutschland erobern.

Genossenschaftswesen.

Die redlichen Pioniere von Noabade spielen noch heute eine ganz besondere Rolle in der Konsumereinsbewegung, denn an ihren Namen knüpfen sich die bedeutamsten Grundzüge. Auf einer

Studienreise nach England besuchte Professor Dr. Staubinger selbstverständlich auch den Hochdoler Verein, dessen heutige Tätigkeit er in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ schildert. Der Verein zählt gegenwärtig über 18 000 Mitglieder und erreicht einen Jahresumsatz von 7 1/2 Millionen Mark. Trotz des langen Bestehens, das vermuten läßt, er habe den Zustand der Sättigung erreicht, macht er noch immer gute Fortschritte. Die Rückvergütung wird in England vierteljährlich, nicht wie bei uns in der Regel jährlich, ausbezahlt. Sie ist bei den Pionieren recht hoch. Besonders umfangreich ist die Bildungstätigkeit der Genossenschaft. Dem Bildungsausschusse des Vereins stehen jährlich 10 000 bis 12 000 Mk. zur Verfügung. Es werden Vorlesungen und Konzerte für die Erwachsenen veranstaltet, Unterrichtskurse für die Kinder und jüngeren Leute. Sieben Lesezimmer und eine Bibliothek von 17 000 Bänden werden ebenfalls von der Genossenschaft unterhalten. Im letzten Programm des Bildungsausschusses wird den Mitgliedern eindringlich vorgeführt, was sie leisten, wenn sie sich in der Konsumgenossenschaft betätigen: 1. Du hilfst einer Bewegung, welche ökonomische, soziale und moralische Reform erstrebt. 2. Du erkennst den menschlichen Anspruch auf gegenseitige Hilfe und Zusammengehörigkeit an. 3. Du pflegst Tugenden, wie Bedachtbarkeit, Voraussicht, Selbstdisziplin, Duldsamkeit und Vertrauen, ohne welche die Genossenschaft unmöglich zu heben kann. 4. Du verhilfst Dir und anderen die Mittel zu höherer Bildung und Verwaltungserkenntnis. 5. Du hilfst die Lage der arbeitenden Klassen bessern, indem Du anständige Löhne und gute Fabrikordnungen schaffst. 6. Du machst müßelos durch die Rückvergütung Ersparnisse. 7. Deine Ersparnisse erhalten hier höheren Zins und mehr Sicherheit als sonstwo. 8. Du bekommst reine Nahrungsmittel und tadellose Bedarfsgegenstände zu gewöhnlichen Marktpreisen. Der Zweck der Genossenschaft ist die soziale und geistige Förderung ihrer Glieder.

• **Wasserbauarbeiter** •

Thalham. Die feinerzeit in der „Gewerkschaft“ eingehend geschilderte Entlassung und Wiedereinstellung von städtischen Arbeitern bei der Quellsfassung veranlaßte die „Christlichen“ Brüder zur Herausgabe eines Flugblattes. In diesem greifen sie den Gauleiter Sebald an, reden von einer Blamage, von plumpem Schwindel, von sozialdemokratischer Verhehlung usw. und versprechen den Arbeitern den Himmel, wenn sie sich von der sozialdemokratischen Zwangsjacke befreien und zu den „Christlichen“ übertreten. Heimliches Nidern und freches Schmuzzeln konnte man ob dieses Flugblattes in den christlich gesinnten Reihen beobachten. Doch dauerte es nicht lange. In kurzen Worten bezeichnete Gauleiter Sebald schon wenige Tage darauf den Inhalt des christlichen Flugblattes als gemeine Lügen und niederträchtige Verleumdungen und forderte die „Christlichen“ Ehrabsteiger auf, sich am folgenden Sonntag ihm gegenüber zu verteidigen und die in dem Flugblatte aufgestellten Behauptungen zu beweisen. Wer

sich aber am Sonntag nicht bliden ließ, das waren die christlichen Seldben. Natürlich: erst tüchtig schimpfen und verdächtigen und dann ausknifen. Das ist ja echt „christlich“. Die Genossen Sebald und Ed. Schmidt kennzeichneten denn auch in der am Sonntag abgehaltenen Versammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter dieses feige Venehmen. Aus ihren Ausführungen ging zur Genüge hervor, daß der Inhalt des „christlichen“ Flugblattes vom Anfang bis zum Ende erlogen war. Die Thalhamer Arbeiterschaft wird aber nun erst recht erkennen, wohin sie gehört. Mit Lügneren und Verleumdern dürfte wohl kein anständiger und ehrlicher Arbeiter gemeinsame Sache machen wollen.

• **Notizen für Gasarbeiter** •

Die Sozialpolitik der Berliner Gaswerke scheint wieder rückwärts revidiert zu werden. Aus fast allen Betrieben, besonders aber aus dem Gaswerk Tegel, kommen die Klagen, daß solche Kollegen, die nach sechswochiger Krankheit formell entlassen wurden, nicht wieder eingestellt werden. Hierbon werden meistens solche Kollegen betroffen, die 3 bis 4 Jahre beschäftigt sind. Die Kollegen müssen dann nach Anrufen der Direktion sehr oft mit dürren Worten erfahren, daß die Wiedereinstellung nicht erfolgen kann. Welche besonderen Gründe etwa maßgebend gewesen sind, die arbeitsfähig gewordenen Kollegen nicht wieder einzustellen, wird nicht mitgeteilt. Maßgebend ist wohl bei den einzelnen Betriebsdirigenten der Gedanke, einen Arbeiter, der vielleicht eher wie ein anderer krank werden könnte, aus Sparsamkeitsrücksichten abzuschneiden. Das darf aber nach den Intentionen der Direktion nicht maßgebend sein. Im August 1903 sollte die Sache freilich im Sinne der Dirigenten geregelt werden. Die Direktion verfügte feinerzeit, daß der Wiedereinstellung solcher formell entlassenen Arbeiter bei vorhandener Bilanz nichts entgegenstehe. Die Bilanz wäre natürlich bei formell entlassenen Arbeitern niemals oder sehr selten vorhanden gewesen. Die Gewährung von Sommerurlaub und Ruhewoche hätte dann für die Gasarbeiter einfach auf dem Papier gestanden. Die feinerzeit stattgefundene Protestbewegung und die Verhandlungen des Stadtverordneten Wurm mit der Direktion zeitigten die Abänderung des freizeiten Postus. Es heißt jetzt in den formellen Entlassungsschreiben: „Sobald Sie wieder arbeitsfähig sind, dürfte Ihrer Wiedereinstellung nichts im Wege stehen.“ Diese immerhin noch bedingte Zusicherung ist aber durch die Zusagen der Direktion als ein unbedingtes Recht der Arbeiter anzusehen. Der Stadtverordnete Wurm, damals Mitglied der Gasdeputation, wurde vom Direktor für ermächtigt, den Gasarbeitern in der damals stattfindenden Protestversammlung mitzuteilen, daß kein Arbeiter zur Rückgewiesen werden darf. Weiter hat der Herr Direktor versichert, daß die Wiedereinstellung der formell entlassenen Arbeiter nicht nur bei vorhandener Bilanz erfolgen soll, sondern daß die Arbeiter auf ihre Wiedereinstellung ein Recht haben. Sie

Lohn und Lebenshaltung in Amerika.

I.
Viel zu hoch schätzt man die Lage des amerikanischen Arbeiters gewöhnlich ein. Besonders, wenn man auf den Fehler verfällt, die Dollars nach deutschem Gelde umzurechnen. Ein Experiment, das sich in die Praxis nicht umsetzen läßt, weil der ganze Lebensunterhalt dementsprechend teurer ist. Der Durchschnittslohn in New York z. B. beträgt etwas über 10 Dollar pro Woche. Es ist aber gänzlich ausgeschlossen, eine Familie mit 10 Dollar etwa anständig in New York ernähren zu können.

Deutlicher wird das Beispiel jedoch an Untersuchungen einzelner Arbeitergruppen, die ich dem „Survey“, einer führenden sozialen Zeitschrift Amerikas entnehme.

1. Die Kohlengräber Illinois.

Nächst Pennsylvania nimmt Illinois die zweite Stelle der Kohlenförderung ein. 10,9 Proz. der gesamten amerikanischen Förderung entfällt auf Illinois. 1907 waren daselbst 45 498 Kohlengräber angestellt. Der durchschnittliche Lohn dieser Leute belief sich auf 549,37 Dollar. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß sich diese Berechnung auf volle Beschäftigung stützt, jedoch sind die Kohlengräber nicht das ganze Jahr beschäftigt. Doch angenommen der Durchschnittsverdienst wäre wirklich 550 Dollar. Wie gestaltet sich die Lebenslage dieser Arbeiter.

Nach einer Untersuchung, die das amerikanische Bureau für Arbeit an 190 Familien der zentralen Nordstaaten mit einem Durchschnittseinkommen von 622,44 Dollar vorgenommen hat (Familie zu drei Kindern), verteilen sich die prozentualen Ausgaben wie folgt:

Miete	15,20 %	Erziehung,	
Feuerung und Licht	6,58 %	Versicherung, Doktor,	
Kleider, Wäsche, Schuhe	13,05 %	Möbelabnutzung, Ver-	
Nahrung	47,38 %	gnügungen, Zeitungz.	17,84 %

Diese prozentuale Umrechnung auf die Kohlengräber würde ergeben:

Miete	15,20 %	=	83,50 Dollar
Feuerung und Licht	6,58 %	=	35,21
Kleider, Schuhe, Wäsche	13,05 %	=	71,69
Nahrung	47,38 %	=	260,38
Verschiedenes	17,84 %	=	98,67

Für 88 Dollar jährlich erhält man in den Kohlenregionen Illinois eine ungestrichene Wohnung mit 3 oder 4 Räumen. Um eine einigermaßen anständige Wohnung zu erhalten, sind 120 Dollar jährlich (10 Dollar pro Monat) nötig.

Die selben Positionen Licht und Feuerung und Kleidung werden so ziemlich stimmen. Bei der Feuerung wird sich eine kleine Ersparnis zeigen, da die Arbeiter die Kohlen von der Kompanie etwas billiger bekommen. (2 1/2 - 2 1/2 Dollar pro Tonne.)

Für Nahrung läßt sich auf den Kopf und Tag etwa 20 Cent. Nach einer Untersuchung von Professor Altkwasser betrug 1897 die Durchschnittserfordernis für Nahrung in New York 28 - 29 Cent. Nun sind aber die Kosten dafür seit 1897 um über 25 Proz. gestiegen; betragen jetzt also ca. 30 Cent. pro Kopf und Tag. Also ist viel mehr erforderlich, wie zur Verfügung steht.

Was den fünften Posten anbelangt, so wird sich auch darin nichts vermindern lassen; da nicht nur die Lebensmittel, sondern auch die andern zum Leben nötigen Sachen im Preise gestiegen sind.

Die Lebenslage der Kohlengräber Illinois ist also so, daß mit dem Verdienste des Mannes allein die Familie einfach nicht mehr bestehen kann, daß die Frau, ja selbst die Kinder zur Mitarbeit gezwungen sind. Was aber, wenn Arbeitslosigkeit und Krankheit hinzukommen?

2. Die Arbeiter im Fleisgewerbe Chicago.

Nach dem Bericht des amerikanischen Volkszählungsbureaus von 1905 waren von 26 093 Lohn empfangenden Arbeitern im Schlächter-

darf auch nicht verweigert werden wegen Platzmangel dadurch, daß die Stelle anderweitig besetzt ist. Das Recht auf die Wiedereinstellung muß den Gasarbeitern wie den anderen städtischen Arbeitern zustehen, wenn die Gewährung von Ruhegeld und Sommerurlaub mehr als nur eine Vorspiegelung falscher Tatsachen sein soll. Dieses bedrohte Recht zu wahren, ist Aufgabe der Kollegenschaft.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung

Aus der amtlichen Statistik der Krankenversicherung für das Jahr 1909 werden vom kaiserlichen Statistischen Amt Bruchstücke veröffentlicht. Die mitgeteilten Zahlen bestätigen im allgemeinen die Erscheinungen, die schon aus den Berichten der einzelnen Kassen hervorgetreten sind. Die Zahl der Kassen überhaupt ist von 23 240 im Jahre 1908 auf 23 279 im Jahre 1909 gestiegen. Also trotz aller Zentralisationsbestrebungen fortgesetzt eine Vermehrung der Kassen. Verhältnismäßig am erheblichsten haben sich wieder wie in den Vorjahren die Innungsrankentassen vermehrt. Nach der Statistik bestanden 1909 8254 Gemeindefrankentassen, 4775 Ortsrankentassen, 7974 Betriebs- und Fabrikrankentassen, 45 Bau- rankentassen, 801 Innungsrankentassen, 1286 eingeschriebene und 144 landesrechtliche Hilfskassen. Trotz ihrer geringen Zahl beherrschen doch die Ortsrankentassen die gesamte Krankenversicherung. Die Mitgliederzahl im Durchschnitt des Jahres stieg von 12 324 004 im Vorjahre auf 12 519 785 im 1909. Das ist eine Folge der Belebung des Arbeitsmarktes ebenso wie die Abnahme der Krankheitsziffer. Die mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungen sind vermindert sich von 5 206 148 im Jahre 1908 auf 5 045 793 im Jahre 1909. Die Krankheitsstage, für die Unterstützung zu zahlen war, verminderten sich von 103 804 290 auf 103 368 412. Es entfielen im Jahre 1909 auf ein Mitglied im Durchschnitt 8,26 Erwerbsunfähigkeitstage. Die Einnahmen sind auf 351 Millionen Mark gestiegen, worunter sich 390½ Millionen Mark an Beiträgen befinden. Die Ausgaben betragen 334½ Millionen Mark, davon 305½ Millionen Mark für Krankheitskosten. Auf ein Mitglied entfielen an Krankheitskosten 24,42 Mk. Die Ortsrankentassen wendeten 24,27 Mk. pro Mitglied auf, die Gemeindefrankentassen nur 13,46 Mk. Einen großen Teil der Krankheitskosten verschlingt die ärztliche Behandlung. Die Ausgaben hierfür stiegen von 53 113 137 Mk. im Jahre 1908 auf 71 335 248 Mk. im Jahre 1909. Das ist von 4,75 Mk. auf 5,70 Mk. pro Mitglied. Am höchsten sind die Aufwendungen hierfür bei den Bau- rankentassen mit 7,95 Mk., am niedrigsten bei den Gemeindefrankentassen mit 3,99 Mk. pro Mitglied. Die Ortsrankentassen wendeten 5,28 Mk. für diesen Zweck auf. Die Ausgaben für Arzneien und Heilmittel stiegen von 34 Millionen Mark im Jahre 1908 auf 41 Millionen Mark im Jahre 1909, oder von 3,18 auf 3,55 Mk. pro Mitglied. Bei den Ortsrankentassen stellte sich dieser Durchschnitt auf 3,52 Mk. An Krankengeldern wurden 134 456 435 Mk. ausgegeben. Davon entfallen circa

70 Millionen auf die Ortsrankentassen. Weiter wurden aufgewendet für Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung 8 107 017 Mark, für Sterbegelder 7 424 403 Mk., für Krankenhauspfllege 41 706 517 Mk., für Genesende nach Beendigung der Heilbehandlung 210 492 Mk., für die Verwaltung 19 266 124 Mk. Das Vermögen sämtlicher Rankentassen stieg von 202 Millionen Mark im Jahre 1908 auf 268 Millionen im Jahre 1909. Fast die Hälfte hiervon, nämlich 125 Millionen Mark, besitzen die Ortsrankentassen.

Die Unfallversicherung im Jahre 1909. Dem Reichstage sind soeben die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften und der sonstigen Träger der Unfallversicherung im Jahre 1909 zugestellt worden. Sie bestätigen die Entwicklung, die schon aus den Berichten der einzelnen Berufsgenossenschaften auf das genannte Jahr hervorgingen, und die im allgemeinen auf die Belebung des Arbeitsmarktes zurückzuführen ist. Die Zahl der Berufsgenossenschaften ist die gleiche geblieben. Bei der gewerblichen Unfallversicherung stieg die Zahl der Betriebe gegenüber dem Vorjahre von 606 824 auf 715 968 und die Zahl der durchschnittlich versicherten von 8 917 772 auf 9 003 908. Bei der landwirtschaftlichen Unfallversicherung werden diese Zahlen, die bei dieser mehr auf Schätzung beruhen, nicht jedes Jahr nachgeprüft. Die Statistik gibt 5 434 100 landwirtschaftliche Betriebe mit 17 179 000 durchschnittlich versicherten Personen an. Hierzu kommen noch 335 Reichs-, Staats- und Kommunal-Ausführungsbehörden, welche die Unfallversicherung selbständig durchführen, mit 977 361 durchschnittlich versicherten Personen. Die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten zur Überwachung der Unfallvorschriften stieg von 382 auf 393. Immerhin noch eine geringe Zahl, wenn man bedenkt, daß diese Beamten eine große Portion sonstiger Arbeiter noch erledigen müssen. Die Zahl der gemeldeten Unfälle ist etwas gestiegen und zwar bei sämtlichen Versicherungsträgern von 662 321 auf 664 247. Damit kommen auf 1000 versicherte Personen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 61,73 und bei den landwirtschaftlichen 8,08 Verletzte. Die Zahl der Unfälle, für welche zum erstenmale Entschädigung gezahlt wurde, ist gleichfalls gestiegen und zwar von 142 006 im Jahre 1908 auf 130 070 im Jahre 1909. Dieser Rückgang ist nur auf die neue Praxis der Berufsgenossenschaften zurückzuführen, für die geringeren Unfälle nichts mehr zu bezahlen. Die steigende „Sparfameit“ der Berufsgenossenschaften geht aus daraus hervor, daß die Fälle, in denen dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit festgestellt wurde, von 1160 auf 1118 zurückgingen. Wenn noch mitgeteilt wird, daß die Zahl der Unfälle mit tödlichem Ausgang von 9856 auf 9363 zurückging, so ist das noch kein Beweis, daß die Schwere der Unfälle abgenommen hat. Vielmehr kommt auch hier die wachsende Sparfameit der Berufsgenossenschaften mit zum Ausdruck. Mehr und mehr geht die Gepflogenheit dahin, Todesfälle, die erst eine Weile nach dem Unfälle eintreten, als nicht mehr mit diesem im Zusammenhang stehend hinzustellen. Wenn heute ein Verletzter nicht gleich tot an der Unfallstelle liegen bleibt, ist schwerlich eine Hinterbliebenenrente herauszubolen. Auf 1000

gewerbe Illinois 22 391 in Chicago beschäftigt. Davon waren 19 857 Männer über 16 Jahre. 16,40 Proz. dieser Gruppe verdienen weniger als 10 Dollar die Woche. 62,8 Proz. unter 12 Dollar die Woche. Es gibt aber nicht das ganze Jahr Beschäftigung. So waren im Dezember 28 104 männliche Personen über 16 Jahre beschäftigt; im Juli jedoch nur 14 825, und im August 15 187. Es zeigt sich also, daß jeder Arbeiter nur 10 Monate im Jahre Arbeit hat.

10 Dollar die Woche ergibt 440 Dollar, 12 Dollar wöchentlich 528 Dollar das Jahr bei 10 Monate Arbeitszeit. Also 40 Proz. der Männer verdienen weniger als 500 Dollar das Jahr. Kann man damit bestehen?

Nach einer Untersuchung des Bureaus für Arbeit, die 390 Familien (8 Kinder) dieses Berufes mit einem Einkommen von 5—600 Dollar umfaßt, wurde prozentual bei einem Einkommen von 500 Dollar herausgibt:

Miete	17,93 %	=	89,65 Dollar
Feuerung und Licht	6,10 %	=	30,50 "
Kleider, Schuhe, Wäsche	12,27 %	=	61,35 "
Nahrung	47,95 %	=	239,75 "
Verchiedenes	15,75 %	=	78,75 "

Für 89,65 Dollar wie im Ansat gibt es jedoch in Chicago keine Wohnung, das mindeste ist 120 Dollar jährlich. Woher kommen die fehlenden 30 Dollar? Weber vom Licht noch von der Feuerung; denn die Beträge sind eher zu niedrig als zu hoch eingestellt. 18,8 Cent für Nahrung für jeden Mann und Tag ist, wie der Ansat ergibt, selbstverständlich zu niedrig. Allein bei dem Satz von 1897 für New York von 23—25 Cent pro Kopf und Tag wären 40 Dollar mehr erforderlich. Dabei sind es jetzt aber ca. 30 Cent pro Kopf und Tag. Wie behelfen sich dann jedoch die 40 Proz. mit weniger als 500 Dollar. Das Weib und die Kinder müssen mit zur Fabrik

gehen, damit wenigstens das Leben gestrikt werden kann. Es ist eine traurige Lage im Fleischergewerbe für die Arbeiter, jedoch die Magnaten des Fleischtrufes heimsen Riesenprofite ein.

3. Die Mäher Minnesotas.

Nach dem Zensusbericht von 1905 sind von den 8240 Mäherarbeitern Minnesotas 3225 über 16 Jahre alt. Der Durchschnittslohn betrug 12,97 Dollar die Woche. 23,1 Proz. erhalten weniger als 10 Dollar die Woche, 52,4 Proz. mehr als 12 Dollar und 24,5 Prozent zwischen 10—12 Dollar die Woche. Die Lebensmittelposten sind in Minneapolis, der Hauptstadt Minnesotas, etwas niedriger als in Chicago. Wie ernähren sich aber die 23 Proz. mit weniger als 500 Dollar Einkommen? Frauenarbeit und Kostgängerhalterei muß auch den Mäherarbeitern Minnesotas das Budget ausgleichen.

4. Die Schuharbeiter Massachussets.

Nach dem Arbeitsbericht von 1908 waren in den Schuhfabriken Massachussets 48 516 männliche Arbeiter über 21 Jahre beschäftigt. Davon verdienen 21 196 weniger als 12 Dollar die Woche, 10 707 zwischen 12—15 Dollar, im ganzen 65 Proz. unter 15 Dollar die Woche. Da aber nicht das ganze Jahr Beschäftigung ist, die Fabriken mitunter monatelang geschlossen werden, so ist auch dieser Verdienst nicht ausreichend, und Frau und Kinder müssen zum Lebensunterhalt beitragen.

5. Die Fuhrleute New Yorks.

Die Untersuchung erstreckt sich auf 30 Familien. 14 davon hatten ein Einkommen von 600—700 Dollar, oder 12—14 Dollar pro Woche, mit geringer Arbeitslosigkeit; diese 14 Familien hatten je 4—6 Personen. Bei 7 Familien war des Vaters Verdienst die einzige Einnahmequelle. Bei 7 anderen Familien schwankte das Einkommen zwischen 100—700 Dollar; waren also auf Mithilfe der Frauen angewiesen. 4 Familien hatten jährlich 25 Dollar Defizit; 1 dagegen einen kleinen Uberschuß.

Versicherte kamen in der gewerblichen Unfallversicherung 788 und in der landwirtschaftlichen 358, die eine Entschädigung erstmalig erhielten. Die Ausgaben der Berufsgenossenschaften stiegen von 187 548 951 auf 187 798 543 Mk., blieben sich also fast gleich. Die Entschädigungen erhöhten sich von 142 auf 146 Millionen Mark. Berücksichtigt man die größere Zahl der Versicherten, die gestiegenen Arbeitslöhne, welche ja die Grundlage der Berechnung der Renten bilden usw., so kann man ruhig von einem erheblichen Rückgang der Leistungen der Unfallversicherung sprechen. Von den sonstigen Ausgabenpositionen aus dem Jahre 1900 seien noch folgende hervorgehoben: Fürsorge für die Verletzten innerhalb der ersten 13 Wochen 21 120 Mk., Kosten der Unfalluntersuchung und Feststellung der Entschädigungen 5 305 730 Mk., Kosten des Rechtsganges (Schiedsgerichte usw.) 2 626 514 Mk., Kosten der Unfallverhütung 2 002 505 Mk., laufende Verwaltungskosten 14 005 059 Mk., Einlagen in den Reservefonds 14 059 000 Mk. usw. Das Vermögen der Berufsgenossenschaften ist von 318 auf 470 Millionen Mark angewachsen. Die Gesamtsumme der gezahlten Entschädigungen aller Versicherungssträger betrug im Berichtsjahre 161 Millionen Mark, gegen 142 Millionen Mark im Jahre 1900 und 57 Millionen Mark im Jahre 1898. Trotz dieser gestiegenen Gesamtleistungen kann man nicht von Fortschritten, sondern von einem Niedergang der Unfallversicherung sprechen. In den letzten Jahrzehnten ist sowohl die verhältnismäßige Zahl der Entschädigten als auch die Summe der auf den Einzelnen entfallenden Entschädigung zurückgegangen. Abzweig der Sozialreform.

• Aus den Stadtparlamenten •

Karlruhe. Der Stadtrat hat beschlossen, den Arbeitern bei der Straßenreinigung und Müllabfuhr während der Frühstundepausen und den Arbeitern des städtischen Gasenamts zu bestimmten Stunden des Tages wärmende und durststillende Getränke (Tee) auf Kosten der Stadtkasse unentgeltlich abzugeben.

• Aus unserer Bewegung •

Münster. Die Kollegen versammelten sich am 15. Januar im „Grünen Baum“ in der ordentlichen Generalversammlung. In längerer Ausführungen gab Kollege Weigl-Augsburg einen Rückblick über die Entwicklung unseres Verbandes, der mit Beifall entgegengenommen wurde. Nach Erledigung verschiedener Aufträge aus den Reihen der Versammelten gab Kollege Regele den Kassenbericht, dem zu entnehmen war, daß die Einnahmen im 4. Quartal 197,16 Mk., die Ausgaben inkl. des an die Hauptkasse abgegebenen Beitrages 139,15 Mk. betrugen, so daß in der Bilanz ein Kassenbestand von 58,01 Mk. verbleibt. Die Neuwahl des Ausschusses ergab: 1. Vorsitzender Kasser, Kassierer Regele, Schriftführer Wagner.

Ergebnis. Unsere Versammlung am 14. d. M. nahm zunächst einen Vortrag des Genossen Ahle-Hamburg entgegen. A sprach über: „Die Anschläge der Reaktion gegen die Arbeiterorganisationen“. Seine Ausführungen wirkten überzeugend und klangen aus in die Mahnung: Schließen wir uns mehr und fester zusammen, wenn die Zeiten schlimmster Unterdrückung nicht wiederkehren sollen! Alle Anwesenden spendeten lauten Beifall. Die Distriktsleitung erstattete einen Bericht über die Verhältnisse in unserem Distrikt im lehrverfloffenen Jahr. Unser Distrikt hat sich gut entwickelt. Wir sind bereits zirka 130 Mitglieder, die alle das Verbandsorgan auch fernerhin hochhalten und die Mitgliederzahl vergrößern helfen werden. Die Neuwahl der Distriktsleitung war für diese ein Vertrauensvotum: sie wurde wiedergewählt. Ferner ist noch zu berichten: Die bei der Deputation für Handel und Schifffahrt (Kosken, Leucht- und Tonnenwesen Beschäftigten) suchten in einer Petition um die Errichtung eines Arbeiterausschusses nach. Der Posteninspektor hat folgende Antwort erteilt: „An die Mannschaften der Marineverwaltung. Auf das Gesuch vom November 1910 wird folgendes erwidert: Die Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe hat entschieden, daß bei den hiesigen Verhältnissen keine Veranlassung vorliegt, auf die Einrichtung eines Arbeiterausschusses Bedacht zu nehmen. Es handelt sich bei den Angestellten der Marineverwaltung in der Hauptsache um Schiffsmannschaften, die sich — abgesehen von Landurlaub oder von der kurzen Zeit, in der die Schiffe im Hafen liegen — auf See befinden. Am Lande sind nur 6 Arsenalarbeiter, 2 Zimmerleute, 1 Klempner, 2 Aufseher für die Kesselbesätze und ein Wächter im Lotsenwachschiff beschäftigt. Dazu kämen eventuell die Matrosen und Seizer der beiden Kreuzdampfer und des Neuwerks, welche hier stationiert sind, also eine geringe Anzahl, auf welche die betreffenden Vorschriften keine Anmeldung finden. Der Kommandeur und Posteninspektor.“ Was in diesem Schriftstück gegen die Einführung eines Arbeiterausschusses angeführt wird, spricht dafür! Eben weil ein Teil der Mannschaft sich stets auf See befindet, kann die Mannschaft in ihrer Gesamtheit nicht vorgehen in Vertretung ihrer Interessen und deshalb ist ein Arbeiterausschuss notwendig. — Vom Strom- und Hafenbau ist mitzuteilen, daß bekannt gemacht wurde, auf Anordnung des Senats würden von jetzt ab Monatsgehälter an jedem 15. eines Monats ausgezahlt. Dies ist auch am 15. Januar bereits geschehen. Einige Tage darauf kam der Bescheid, es werde zukünftig wieder am Ende des Monats ausbezahlt. Wir sollen nun diesmal also 6 Wochen mit unserem Monatslohn haushalten. Da heißt es: ökonomisch einrichten, sonst werden die paar Mark viel zu früh alle. Die nächste Versammlung soll im Februar stattfinden.

Erwart. Am 14. Januar 1911 fand unsere Generalversammlung statt. Zunächst erstattete der Kassierer den Kassenbericht. Hierauf gab Kollege Marx den Geschäftsbericht für 1910. Da unsere Lohnforderungen, die im Jahre 1900 eingereicht sind, noch ihrer Erledigung harren, muß, wenn an einen Erfolg gedacht werden soll, alles daran gesetzt werden, das Gros der übrigen prädi-

4 Familien sind unterernährt, 4 haben keine genügende Kleidung, 3 sind mit der Wohnung zu knapp, denn nicht weniger als drei Personen kommen auf ein Zimmer. Auch die Fuhrleute haben nicht genug zum Leben und sind auf Nebennehmungen angewiesen; ein Beweis, wie berechtigt ihr Streik war, bei dem sie neben geringem Lohn besonders noch über zu lange Arbeitszeit klagten.

6. Die Arbeiter der Eisen- und Stahlwerke Pennsylvanien.

Von den Eisen- und Stahlwerkarbeitern Nordamerikas sind drei Viertel in Pennsylvanien beschäftigt. Zwei Drittel von den pennsylvanischen Eisenarbeitern erhalten nicht mehr als 12 Dollar die Woche, und nur ein Fünftel mehr als 15 Dollar. Oft herrscht jedoch Arbeitslosigkeit, und oft werden Tausende von Arbeitern rüchichtslos „abgelegt“. Wie kann man jedoch mit 12 Dollar die Woche in den Pittsburger Regionen leben?

Nach einer sorgfältigen Untersuchung von M. Dymgtons von 60 solcher Familien hatten 32 weniger als 12 Dollar die Woche Einkommen, nämlich durchschnittlich 9,18 Dollar die Woche oder 477,36 Dollar jährlich. Aber nicht nur allein diese 32 Familien, nein, 25 000 Arbeiter gibt es dort mit einem solchen Einkommen. 18 andere Familien hatten 12—15 Dollar Einkommen die Woche, durchschnittlich 13,92 Dollar, oder 700 Dollar jährlich.

Die Miete erfordert durchschnittlich 10 Dollar den Monat. Meist 3—5 Personen in einem Zimmer. Für Nahrung wird durchschnittlich 24 Cent pro Kopf und Tag ausgegeben (30 Cent sind erforderlich); 4 Familien konnten noch nicht 22 Cent pro Tag und Kopf ausgeben. Welch horrende Ausgaben für Verschiedenes gemacht wurden, zeigt folgendes: 20 Cent für Vögel und Tabak, 47 Cent für Medizin und Doktor, 50 Cent für Feuer- und Lebensversicherung, ja 16 Familien geben die Wiefensumme von 3 Cent pro Woche für Vergütungen aus. Diese Verschwenker! Zwei Drittel der Arbeiter von der Pittsburger Region hatten nicht mehr als 12-13 Doll. Verdienst die Woche.

Das sind allerdings keine glänzenden Bilder, die hier von den Fabrikarbeitern Amerikas entworfen werden. Sie sind aber vollständig exakt, da sie auf amtlichen Berichten beruhen. Der Durchschnittslohn der Fabrikarbeiter in den Vereinigten Staaten beträgt wie der Jenseitsbericht ebenfalls sagt, 10—12 Dollar die Woche. Damit ist aber gleichzeitig gesagt, daß die einzelnen Familien auf die Mitarbeit der Frauen und Kinder angewiesen sind; daß die Wohnungen überfüllt sind, 3—4 Personen auf ein Zimmer kommen und vor allem, daß die größte Masse der Fabrikarbeiter Amerikas unterernährt ist. Die Folgen würden sich noch viel deutlicher zeigen, wenn nicht immer frische Ströme von Einwanderern den Kapitalisten frische Ausbeutungsobjekte brächten. Wenn es sich jedoch herausstellt, daß es, wie eben durch eine Staatskommission erwiesen, allein im Staate Massachusetts 35 000 tuberkulöse Menschen gibt, so beweist das schon allein, daß die Lage der Arbeiter eine schlechte sein muß. Das Bild von dem Dollarlande Amerika verblaßt immer mehr, je mehr man dieses Land auf seine Arbeiterverhältnisse untersucht.

„Als Verfassungsgehöriger hat jeder seine Interessen gemeinsam zu vertreten. Es gibt wohl einen ewigen Kampf der Weltanschauungen, der protestantischen, katholischen, atheistischen. Aber es gibt keine evangelische, katholische, atheistische Arbeiterfrage. . . es ist kein Zeichen christlichen Geistes, wenn besondere christliche Berufsorganisationen geschaffen werden. Denn der Christ soll sich in der Vertretung seines Berufsinteresses von niemand überbieten lassen. Er traut seiner Glaubensüberzeugung wenig Festigkeit zu, wenn er sie im Zusammenarbeiten mit anderen Berufsgegnossen gefährdet sieht. . . Jedenfalls dient das Wort „christlich“ nur als Aushängeschild. Es handelt sich um eine Bewegung antisozialdemokratischer Art, die mit persönlichem Christentum einzelner nichts zu tun hat.“
Pflafer-Fraud, Socinismus.

sehen Arbeiter zu unserer Organisation herüberzuziehen. Daß es in diesen Kreisen sehr viel Unzufriedene gibt, beweisen die Zuschriften, die in letzter Zeit von städtischen Arbeitern an uns gerichtet werden. Also mußten wir dieses Jahr aus zur Gewinnung neuer Mitglieder. Wenn jeder Kollege seine Pflicht als organisierter Arbeiter erfüllt, so können wir behaupten, daß am Jahres-schluss nicht bloß mit 60, sondern mit 260 organisierten Kollegen gerechnet werden kann. Um das zu erreichen, muß in eine intensive Hausagitation eingetreten werden. Die Vorstandswahlen ergaben: 1. Vorsitzender Marx, Kassierer Kühn, Schriftführer Kellner.

Frankfurt a. M. Am 16. Januar hielt unsere Filiale im Gewerkschaftshaus ihre Jahresgeneralversammlung ab. Aus dem Kassierbericht entnehmen wir, daß im 4. Quartal die Einnahme inklusive Bestand 11324,26 Mk., Filialausgabe 2069,11 Mk. betrug. An die Hauptkasse wurden insgesamt 4357,86 Mk. gesandt, so daß ein Kassenbestand von 4897,29 Mk. in der Filiale bleibt. Die Mitgliederzahl ist von 1015 auf 1276 Mitglieder gestiegen. Das erste Tausend zahlender Mitglieder ist bereits überlettert, nämlich 1092. Die Zunahme im ganzen Jahr beträgt 533 gleich 74,6 Proz., wir können mit diesem Erfolge einigermaßen zufrieden sein, aber bei den vielen Kollegen, die uns noch fernstehen, müssen wir uns geloben, kräftig mitzuarbeiten, damit wir das zweite Tausend bald erreicht haben. Daß sich auch die Arbeit mit dem Wachsen der Organisation häuft, zeigen auch die stattgefundenen Versammlungen und Sitzungen. Allein im letzten Quartal haben 88 Versammlungen und Sitzungen stattgefunden. Der alte Vorstand wurde bis auf drei Ersatzwahlen wiedergewählt. Ein Antrag, der fordert, „wenn ein Vorstandsmitglied zweimal hintereinander unentschuldig in den Vorstandssitzungen fehlt, ist er seines Amtes entbunden“, wurde angenommen.

Freiberg (Sachsen). Die Generalversammlung am 15. Januar war gut besucht. Aus dem vom Kollegen Leuschner erstatteten Nebenkaßbericht für das verfloßene Jahr geht hervor, daß sich die Filiale gut entwickelt hat und daß die Beitragsleistung ebenfalls eine gute ist. Die gesamte Einnahme mit dem Bestand vom vorigen Jahre beträgt 1618,38 Mk., die gesamte Ausgabe 1449,35 Mk., so daß am Schlusse des Jahres ein Bestand von 199,03 Mk. verbleibt. An die Hauptkasse wurden 1193,60 Mk. gesandt. Im Laufe des Jahres wurden 2457 Beitragsmarken verkauft, das entspricht einer Mitgliederzahl von 47 im Jahresdurchschnitt. Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des Jahres 53, sie stieg im Laufe des Jahres auf 60, durch Wegzug und Uebertritt zu anderen Verbänden jedoch verbleiben am Jahreschlusse noch 55 Mitglieder. Von diesen 55 Mitgliedern sind 40 gleich 72,70 Proz. Leser der „Vollzeitung“, 30 gleich 54,50 Proz. sind politisch organisiert, 26 gleich 47 Proz. sind Mitglied im Konsumverein und 21 gleich 38 Proz. haben das Bürgerrecht und somit auch das Wahlrecht zum Freiburger Stadtparkament. Es sind in Freiberg im Jahre etwa rund 110 Arbeiter beschäftigt, so daß also etwa die Hälfte unserem Verbands angehört. Dieser Bericht wurde mit Befriedigung angehört. Auch einen Erfolg in bezug auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben wir zu verzeichnen; es wurde beim Stadtbauamt die Verkürzung der Arbeitszeit um täglich eine Stunde beschlossen, ohne daß durch die Verringerung der Arbeitszeit ein Lohnausfall entstehen soll. In der nächsten Zeit dürfte die neue Arbeitsordnung für das Gaswerk zur Erledigung kommen und wir nehmen an, mit einem guten Erfolg für uns. Kollege Preißler streifte dann noch kurz die Vorkommnisse auf der politischen und wirtschaftlichen Schaubühne des verfloßenen Jahres und ermahnte zum Schluß die Kollegen zu weiterer energischer Mitarbeit an unseren Aufgaben. Darauf wurden die Neuwahlen zum Filialvorstand erledigt, zum größten Teil wurden die bisherigen bewährten Kollegen wiedergewählt. Zum Schluß wurde einem in Not geratenen Kollegen eine Unterstützung gewährt und beschlossen, daß bei Sterbefällen von Mitgliedern eine letzte Ehreung erfolgt.

Gera. Unsere Generalversammlung nahm die Berichte des Kassierers und Vorsitzenden entgegen. Eingereicht wurde ein Besuch um Bezahlung der Feiertage und Einführung von Arbeiterausschüssen. Die Bezahlung der Feiertage wurde bewilligt, die Einführung von Arbeiterausschüssen aber abgelehnt. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des Jahres 106. In den Vorstand wurden die alten Kollegen wiedergewählt.

Hamburg. In der Versammlung am 15. Januar im „Gewerkschaftshaus“ wurde zunächst über die Besetzung des vakanten Sekretärpostens verhandelt. Schönberg berichtete über die Verhandlungen, 16 an der Zahl. Drei derselben sind Mitglieder des Staatsarbeiterverbandes, die übrigen gehören anderen Verbänden an. Der gegenwärtigen Beschäftigung bezw. Stellung nach sind 6 Arbeiter, 2 Handlungsgehilfen, 1 Gewerkschaftshausverwalter, 2 Gewerkschaftsangehörige, 1 Arbeitersekretär und 1 Parteisekretär. Es befaßten 4 die Elementarschule, 10 die Volksschule, 1 die Bürger-schule und 1 das Mehlannarium. Sieben Bewerber sind von der Wahl ausgeschlossen worden, weil ihre Bewerbungschriften erkennen lassen, daß sie die deutsche Sprache zu wenig beherrschen. Zur Wahl vorgeschlagen werden 1 Arbeiter, 2 Handlungsgehilfen, 2 Gewerkschaftsangehörige, 3 Arbeitersekretäre und 1 Parteisekretär. In der Diskussion erklärt als erster Redner A., er sei dafür, daß

Ihle auf den Posten berufen werde. Dem Genossen Ihle werde allgemein das Zeugnis ausgestellt, daß er im Metallarbeiterverband ein befähigter und strebsamer Beamter war. Wir dürfen für uns das gleiche von ihm erhoffen. Es sei überhaupt notwendig, sich über die Wahl eines der neun vorgeschlagenen Kandidaten zu verständigen, sonst könne ein befriedigendes Wahlergebnis nicht zustande kommen. A. sprach mit aller Entschiedenheit dagegen, daß Ihle besonders zur Wahl empfohlen werde. Gerade Ihle dürfe nicht gewählt werden. Was A. über Ihle gesagt habe, möge zwar richtig sein, aber man müsse berücksichtigen, daß Ihle im Metallarbeiterverband gegen die Beschlüsse der maßgebenden Körperschaften mit Vorbedacht und Ueberlegung verstößen habe. Dort habe man nicht mehr von taktischen Meinungsverschiedenheiten sprechen können, sondern die Grundprinzipien der Arbeiterorganisationen seien durchbrochen worden. Und solche Leute könnten wir erst recht nicht gebrauchen. Sie mühten überhaupt aus leitenden Stellen entfernt werden. Die Gewerkschaftsbeamten bilden aber eine Kaste, man könne sie nicht leicht loswerden. Wenn aber jemand von ihnen irgendwo seines Postens entbunden worden sei, dürfe man ihn wo anders nicht wieder hineinflassen, zumal wenn er hartnäckig auf seinem prinzipwidrigen Standpunkt verharre. S. kann sich mit A. nicht einverstanden erklären. Man dürfe einen Angestellten nicht nach einer einzigen Handlung beurteilen, sondern müsse seine Gesamttätigkeit in Betracht ziehen. Und dann neige sich die Waage zu Ihles Gunsten. G. und H. unterstützten diese Ausführungen. Man dürfe unserem Vorstand doch auch ein treffendes Urteil zutrauen. Ihle würde gewiß nicht zur Wahl gestellt worden sein, wenn er nicht vertrauenswürdig sei. In seinem Schlusswort gibt Schönberg Aufklärung über die Ihle betreffende Differenz im Metallarbeiterverband. Ihle habe einen Beschluß der Ortsverwaltung, eine Versammlung der ausgesperrten resp. streikenden Werftarbeiter abzuhalten, nicht ausgeführt, weil es ihm von dem Verbandsvorstand, vertreten durch Schlichte, unterjagt wurde. Ob nun den Verbandsstatuten zufolge in solchen Angelegenheiten der Verbandsvorstand oder eine Ortsverwaltung mehr Bestimmungsrecht habe, werde von der einen Seite so und von der anderen Seite so beantwortet, sei also insofern eine Doktorfrage. Aber auch wenn Ihle in jeder Hinsicht subjektiv und sachlich unrichtig handelte, hätte man ihm trotzdem erst dann kündigen dürfen, wenn man den Nachweis führen konnte, Ihle wolle die Organisation schädigen. Davon war aber bisher mit keinem Wort die Rede. Der Redner fährt dann fort: Ihle hat meiner Ueberzeugung nach durchaus richtig gehandelt. Was Ihle aber andererseits als schwere Verfehlung angerechnet wurde, daß er nämlich gegen die Beschlüsse der Ortsverwaltung soll verstossen haben, habe ich selbst vielmals getan. Ich habe die wichtigsten Beschlüsse, die abends gefaßt wurden, am nächsten Morgen von mir allein umgestoßen, ich habe das gerade Gegenteil davon getan, wenn ich sah, die Situation hatte sich geändert. Und so werde ich auch künftig verfahren. Wenn Ihle gefündigt werden mußte, hätte ich eigentlich schon längst totgeschlagen werden müssen. Was an Ihle kritisiert wird, sind die für einen Gewerkschaftsleiter notwendigen und besten Eigenschaften. Nur einen solchen Mann können wir gebrauchen. Wenn überhaupt Versammlungsbeschlüsse unter allen Umständen ausgeführt werden sollen, auch wenn die Organisation sich im Arienszustand befindet, brauchen die Gewerkschaften ihre tüchtigsten Kräfte nicht an die Leitung zu stellen, sondern dann können sie mit Laufmädchen auskommen. Ueber solche Karlsen-Wiesnick-Politik sind unsere Mitglieder aber auch hinaus. Die Wahl zeitigte folgendes Resultat: 629 Stimmgelteln lauteten 642 auf Ihle. — Schönberg legte alldam folgenden Vorstandsantrag vor: Zur Unterstützung der Geschäftsleitung bei der Abhaltung von Versammlungen wird aus der Mitte der Verbandsmitglieder eine Referentenkommission gebildet. Die betreffenden Kollegen müssen eine Versammlung nach parlamentarischen Regelsordnungsmäßig leiten und die Verhandlungen durch selbständige Beiträge unterstützen können. Als Vergütung wird in jedem einzelnen Falle gezahlt: im Stadtgebiet 4 Mk., nach dem Landgebiet der Entfernung und der Zeit nach entsprechend mehr. Im Stadtgebiet wird Fahrgehalt nicht extra vergütet. Wenn jemand in Versammlungen seiner Branche (Betriebsversammlungen) oder seines Distrikts mitwirkt, darf ihm keine Vergütung gewährt werden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Gabelberg vom Tabakarbeiterverband referierte über die Tarifbewegung der hiesigen Tabakarbeiter und -arbeiterinnen. Er forderte die Versammlungen auf, nur solche Tabakfabrikate zu kaufen, von denen man bestimmt wisse, daß sie in Fabriken hergestellt seien, wo die Forderungen der Arbeiterschaft Anerkennung gefunden. Es wurde noch beschlossen, daß die nächste Generalversammlung, in welcher der Jahresbericht zu erstatten und die Vorstandswahl vorzunehmen ist, an einem Sonntag in der zweiten Hälfte des Februars stattfinden soll. (Es ist der 19. Februar. Beginn der Versammlung nachmittags präzis 2 Uhr.)

Hamburg-Altenlande. Am Sonntag, den 15. d. M., hielten wir eine Versammlung ab bei Peters in Bierzigtuden. Scholz und Heller vom Filialvorstand unterstützten uns. Ersterer teilte die letzten Anträge der Arbeiterausschüsse der Glareei und des

Zogerei mit. Es soll der Tagelohn erhöht und der neueste Alford-
lohnartikell bekanntgegeben werden. Beides ist auch sehr notwendig.
Ebenso, daß die Arbeiter am Strom- und Hafenbau den Winter
hindurch beschäftigt werden. Nachdem über diesen Teil eine weitere
Aussprache nicht gewünscht wurde, hielt S. ein Referat über die
Anträge aller Arbeitersausschüsse, die Satzungen für die Arbeiter-
ausschüsse zu verbessern. Auch dieses Vorgehen wurde von der
Versammlung für notwendig erachtet. Man war der Meinung,
auf dem Landgebiet müßte noch manches geschehen, um die Ar-
beiterrechte klar und sicher zu stellen. S. gab dann einen Bericht
über die lehrjahreige Ausbreitung des Staatsarbeiterverbandes auf
dem Hamburger Landgebiet. Die angeführten Zahlen und sonstigen
Tatsachen bewiesen, daß wir gute Fortschritte gemacht haben. Redner
führte noch weiter an, daß und in welchem Umfang unsere Orga-
nisation im ganzen sich entwickelt habe. Wir können insofern zu-
frieden sein, dennoch sei aber unablässige Agitation zu weiterer
Ausdehnung des Verbandes und der Versammlungsarbeit zur
gründlichen Aufklärung aller Kollegen notwendig.

Karlsruhe i. B. Eine gutbesuchte Versammlung der Straßen-
reiniger und Müllabfuhrleute beschäftigte sich am 12. d. M. mit der
Neuregelung der Müllabfuhr. Diese ist für den Betrieb eine be-
deutende Verschlechterung und besteht darin, daß bisher die Müll-
wagen von zwei Arbeitern bedient wurden, den Fuhrknecht nicht
eingerechnet. Die Arbeit soll fortan nur noch von einem Arbeiter
und dem Fuhrknecht gemacht werden. Die Pferde nebst dem Aufscher
werden vom Unternehmer gestellt. Die Fuhrknechte sind zum Teil
Invaliden oder werden von der Herberge geholt, so daß sie meist
für diese Arbeit nicht tauglich sind. Des Weiteren kommt noch in
Betracht, daß für die Müllgefäße in Karlsruhe keine bestimmten
Vorschriften bestehen. In größeren Anhalten, Schulen oder in
Häusern mit Dampfheizung, sind die Gefäße oft so schwer, daß sie
ein Mann nicht entleeren kann. Ja, er ist sogar manchmal ge-
zwungen, Privatpersonen zuzuziehen. Es wurde von dem Arbeiter-
vertreter gegen diese Neuregelung Einspruch erhoben, er erhielt
aber die Antwort, daß nur probiert werden soll. Die Arbeiter
des Betriebes protestieren gegen diese Verschlechterung und ver-
langen, daß die jetzige Einteilung beibehalten werden soll, zumal
bei der letzten Voranschlagsberatung der Vertreter des Tief-
bauamtes diese Einführung in Abrede gestellt hat, als er vom
Stadtverordneten Philipp deshalb interpelliert wurde. Kollege
Karcher berichtete dann über die letzte Sitzung des Arbeiter-
ausschusses. Ihm ist eine Rüge von der Verwaltung des Tiefbau-
amtes erteilt worden, weil er die einseitige Behandlung der Ar-
beiter durch den Straßenmeister kritisierte, obwohl durch die Zeugen-
ausagen der Wahrheitsbeweis vollaufbracht wurde. Das Ge-
hören des Straßenmeisters Schäfer wurde in der Diskussion be-
handelt. Nachstehende Resolution deckt sich mit den Ausführungen:
„Die heute in der alten Brauerei „Schrumpl“ abgehaltene Ver-
sammlung der Arbeiter der Straßenreinigung und Müllabfuhr protestiert energisch gegen die ihrem Arbeitervertreter
erteilte Rüge und ersucht einen verehrlichen Stadtrat um Nach-
prüfung dieser Angelegenheit, indem durch Zeugen nachgewiesen
werden kann, daß der Straßenmeister einseitig geurteilt hat und
daher die Angaben des Arbeitervertreters vollständig ihre Richtig-
keit hatten.“

Kempten. In der Theaterwirtschaft fand am 11. Januar unsere
gut besuchte Generalversammlung statt. Nach einem Vortrag des
Kollegen Weigl folgte der Rechenschafts- und Kassenbericht. Ein
Rückblick auf die Tätigkeit des vergangenen Jahres wurde mit all-
gemeiner Befriedigung entgegengenommen. Der Kassenbericht er-
gab eine Einnahme im 4. Quartal von 290,78 M., Ausgaben ein-
schließlich der Summe an die Hauptkasse 202,06 M., so daß in
der Lokalkasse ein Kassenbestand von 88,72 M. zu verzeichnen ist.
An Krankenunterstützung wurden im Laufe des Quartals 77 M.
ausbezahlt. Nachdem noch der Bericht der Gewerkschaftsdelegierten
entgegengenommen war, wurde zur Neuwahl des Ausschusses und
der Gewerkschaftsdelegierten übergegangen.

Biel. Am 15. Januar wurde unsere Generalversammlung im
Gewerkschaftshaus abgehalten. Vor Eintritt in die Tagesordnung
wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Erkel in üblicher
Weise geehrt. Zur Aufnahme haben sich 5 Kollegen gemeldet. Der
Kassenbericht wurde vom Kollegen Kuhn erstattet. Die Einnahme
betrug 5519,91 M., die Ausgabe 2980,86 M., verbleibt ein Kassen-
bestand von 2535,05 M. Die Mitgliederzahl betrug 300 am Schluß
des Jahres. Den Jahresbericht erstattete Kollege Spahr, welchen
Kollege Bohl ergänzte. Daraus wurde der alte Vorstand mit
einigen Änderungen wiedergewählt. Im „Verschiedenen“ wurden
einige örtliche Angelegenheiten erledigt.

Magdeburg. Am 21. Januar fand in der „Bürgerhalle“ unsere
Generalversammlung statt. Ehe in die Tagesordnung eingetreten
wurde, ehrte man den verstorbenen Kollegen Nepp in üblicher Weise.
Kollege Meister teilte mit, daß am 22. Januar eine öffentliche Ver-
sammlung stattfindet, in der Reichstagsabgeordneter Dr. David
Sprecht. Ferner findet am 2., 16., 19. und 26. Februar ein Vortrag über
„Die Geschichte der deutschen Reichstagswahl“ statt. Dierzu wurden
20 Kollegen auf Kosten der Filiale entsandt. Auch hält Genosse
Landsberg noch einen Vortrag. Es wurden dann die Geschäfts-

berichte gebracht. Wegen Erkrankung des Kassierers Strauß konnte
der Bericht nicht gegeben werden. Meister brachte seinen Bericht,
so lange er tätig ist. Den Kassenbericht erstattete Förster. 3068,31
Mark war die Einnahme, die Ausgabe 890,41 M. Unterstützung
wurde gezahlt: in Sterbefällen 636 M., an Kranke 883 M., an
Arbeitsloje 10,67 M. und Streikunterstützung 15 M. In der
Filiale verbleibt ein Bestand von 886,35 M. Der Mitgliederstand
war im vorigen Quartal 543 männliche, 3 weibliche, im letzten
Quartal 645 männliche, 2 weibliche. Dem Kassierer wurde Ver-
gütung erteilt. Die Gaukonferenz findet am 9. April in Dessau
statt. Als Delegierte wurden Förster, Meister, Jäger und Senft
gewählt. Am Freitag, den 17. Februar, findet unsere nächste Ver-
sammlung statt. Im Anschluß hieran wird der Konsumverein be-
sichtigt. Die Kollegen werden gebeten, ihre Frauen zum nächsten
Mal mitzubringen. — Kollege König berichtete von der Sitzung, die
von der Hafenbahn stattgefunden hat. Die Abrechnung vom Win-
terbergnügen ergab eine Einnahme von 67,55 M., eine Ausgabe
von 89,10 M. Das Defizit trägt die Filialkasse.

Mainz. Die am 15. Januar abgehaltene Generalversammlung
war gut besucht. Sie nahm den Jahresbericht des Vorstandes für
das abgelaufene Geschäftsjahr entgegen, daraus ging hervor, daß
eine rege Tätigkeit entfaltet worden ist. Hierauf gab Kollege
Reichart den von den Revisoren geprüften Kassenbericht. An
der Diskussion zur Filialverwaltung und Kassenbericht beteiligten
sich mehrere Kollegen. Bei den Wahlen des Vorstandes wurden
die bisherigen Funktionäre wiedergewählt.

München. Am 14. Januar hielt unsere Filiale ihre Jahres-
generalversammlung ab. Kollege Weiß gab einen kurzen Rückblick
über die äußerst rege Tätigkeit vom verfloffenen Jahre. In 202
Besprechungen sowie in vier öffentlichen Versammlungen präzisierten
die städtischen Arbeiter Münchens ihre Wünsche und Beschwerden.
Der Umgestaltung der Pensions- und Hinterbliebenenversorgung
der städtischen Arbeiter, die durch die Aufhebung jeglicher Beitrags-
leistung seitens der Arbeiter und Arbeiterinnen notwendig wurde,
ist ein besonderes Augenmerk zugewandt worden. Unsere Gegner
versuchen mit den abscheulichsten Manövern die Rückständigkeit ihrer
schwarzen Parteifreunde im Magistrat (die nämlich da und dort
unsere Anträge verschlechterten) zu verdecken. Auch die Arbeiter-
ausschüsse der verschiedenen Betriebe haben im vergangenen Jahre
ein gut Stück Arbeit geleistet. Zweimal wurde Hausagitation ge-
trieben und das Vertrauensmännerstimm bedeutend erweitert. Beson-
dere Anerkennung gebührt den wackeren Vertrauensmännern,
die oft unter den größten Schwierigkeiten die Pionierarbeiten zu
leisten haben. Diese Arbeit ist auch nicht ohne Erfolg geblieben.
Wir nahmen im verfloffenen Jahre um rund 600 Mitglieder
zu, so daß wir jetzt zu Anfang des neuen Jahres einen Mitglieder-
stand von 2500 zu verzeichnen haben. Durch Tod verlor die Orts-
verwaltung 29 wackere Kämpfer. — Gauleiter Sebald gab
anschließend einen kurzen Überblick über die Organisationsverhält-
nisse im Gau. Die Gesamtmitgliedschaft im Gau Südbayern be-
trägt mit Ausnahme des Gaues Augsburg in 17 Filialen 3400. An-
schließend an diese beiden Berichte gab Kollege Bohl ein Bild über
den Stand der Filialfinanzen. In einigen wichtigen Fragen er-
gänzte er den im Druck vorliegenden Kassenbericht. Die Wahlen
ergaben die Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Es wurden
noch 12 Beisitzer in den engeren Verwaltungsausschuss gewählt.
Weiter wurde das Mitglied Vaterneuwärker Paul Platner wegen
Verrichtung von Streikarbeit während der Bauarbeiteransperrung
aus dem Verbands einmütig ausgeschlossen.

Köfenheim. In der Generalversammlung vom 15. Januar hielt
Kollege Sebald einen Vortrag. Alsdann fand die Neuwahl des
Vorstandes statt. Als Vorsitzender wurde Kollege Geistaler, als
Kassierer Andres, als Schriftführer Fischhaber gewählt.

Thalheim. In der Generalversammlung vom 15. Januar refe-
rierte Kollege Sebald über „Die Bewegungen unseres Ver-
bandes im vergangenen Jahre“. Alsdann wurde der Vorstands-
und Kassenbericht entgegengenommen. Die Mitglieder des bis-
herigen Filialvorstandes wurden wiedergewählt.

Wiesbaden. Am 14. Januar fand unsere gut besuchte General-
versammlung statt. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden ist
zu entnehmen, daß auf die Eingabe des vorletzten Jahres die
Stadtverwaltung nur einem Teil der Arbeiter eine geringe Zulage
zugestand, während die Mehrzahl der städtischen Arbeiter noch auf
die Erledigung der Eingabe wartet. Die Abrechnung weist gegen
1909 eine Mehreinnahme von 553,88 M. auf, der Lokalkassenbestand
hat sich um 274,40 M. gehoben. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege
Reber gewählt. Die Besetzung der übrigen Posten erfolgte durch
Wiederwahl der bisherigen Funktionäre.

Worms a. Rh. Am 16. Januar fand unsere Generalversam-
mlung statt. Den Jahresbericht gab der Kassierer. Die Gesamt-
einnahmen betragen 687,45 M. An Unterstützungen wurden im
Berichtsjahre ausgezahlt: Krankenunterstützung 73 M., Arbeits-
lojenunterstützung 18 M., Gemäßregeltemunterstützung 145 M.,
Streikunterstützung 45 M. Was den Mitgliederstand anbelangt,
haben wir immer noch eine große Fluktuation zu verzeichnen. Im
neuen Jahre soll mit der Hausagitation eingesezt werden,
da wir bis jetzt die Erfahrung machten, daß die Agitation vom

Mund zu Mund die beste ist. Die Vorstandswahl ging in üblicher Weise vor sich.

Bittau. Unser Oberbürgermeister hat vor kurzem sein 25jähriges Amtsjubiläum begangen. Darob natürlich in den Kreisen der Bürgerschaft große Freude und Lobeshymnen aller Art auf die verdienstvolle Tätigkeit des „Ober“. Man hat dabei auch davon geredet, daß dieser Herr ein warmes Herz für die Arbeiter habe. Mag sein; doch die Arbeiter haben leider wenig davon verspürt. Und gerade an seinem Ehrentage hätte er die beste Gelegenheit gehabt, es zu zeigen. Denn seit Jahresfrist schon bemühen sich die städtischen Arbeiter um eine durchgreifende Neuregelung ihres Arbeitsverhältnisses. Aber ihre Geduld wird dabei auf eine sehr harte Probe gestellt und es ist gewiß nur der großen Langmut der Arbeiter zu danken, wenn bisher ernstliche Konflikte vermieden wurden. Wenn man bedenkt, daß die Arbeiter bereits im Oktober 1909, also vor nunmehr fünf Verteljahre, dem Stadtrat zum erstenmal ihre Anträge unterbreiteten, so ist mit dem Vorstehenden wohl nicht zuviel gesagt. Die Arbeiter verlangen auch durchaus nichts Unmögliches, sondern nur, was in anderen Städten seit Jahren schon besteht. Sie verlangen, daß an Stelle der Stundenlöhne Tagelöhne, mit dem Dienstalter steigend, gezahlt werden, um so ihren Einkommensverhältnissen eine sichere Grundlage zu geben. Sie verlangen ferner die Einführung von Sommerurlaub von genügender Dauer. Ihre Anträge wurden feinerzeit dem Stadtrat Eras überwiesen, der dieselben bei der Ausarbeitung eines Regulatives mit verwirren sollte. Aber obgleich die Arbeiter wiederholt um Erledigung ihrer Anträge ersuchten, auch der Kollege Kreißler persönlich beim Stadtrat Eras vorsprach, ließ sich bis zum Juni vorigen Jahres nichts hören. Da im Juni brachte der Stadtrat eine sogenannte provisorische Urlaubsordnung heraus, die so völlig unzureichend war, daß sie selbst dem nur aus bürgerlichen Herren bestehenden Stadtverordnetenkollegium wider den Strich ging. In einer öffentlichen Versammlung gaben die Arbeiter ihrer Meinung über das Nachwerk unbehindert Ausdruck. Sie wiesen dieses Konstrukt als total ungenügend energisch zurück und erklärten in einer ziemlich scharfen Resolution, an ihren Anträgen festzuhalten. Die Gauleitung wurde beauftragt, diese Anträge erneut unverzüglich einzurücken. Das ist sofort geschehen, und schon am 10. Juni besetzte sich das Stadtverordnetenkollegium mit dieser Eingabe. Dieses energische Vorgehen wurmt aber die Herren ganz mächtig, besonders hatte es ihm die Tatsache angetan, daß die Arbeiter ihre Organisation mit der Vertretung ihrer Anträge betraut hatten. Man „wünsche“ nicht, daß sich dritte Personen zwischen den Stadtrat und die Arbeiter drängen! Doch das Kollegium sah aber auch ein, daß etwas getan werden müsse, und so wurde eine Kommission gewählt, welche die Aufgabe hat, eine Lohn- und Arbeitsordnung auszuarbeiten. Dieser Kommission gehört unter anderen auch der freisinnige Landtagsabgeordnete Schwager an, der feinerzeit ungehalten war, daß die erste provisorische Vorlage solange auf sich habe warten lassen, er wünschte mehr Beschleunigung. Trotzdem aber der Herr nun selbst der Kommission angehört, scheint diese in den Winterschlaf verfallen zu sein. Bis heutigen Tags hat die Kommission nichts von ihrer Tätigkeit zu hören bekommen. Die Arbeiter aber wurden des langen Wartens müde, und eine im Oktober stattgefundene Versammlung beauftragt den Filialvorstand, beim Stadtrat anzufragen, was nun eigentlich mit ihren Anträgen werde. Ganz besonders wiesen sie darauf hin, daß sie sich durch die kurzen Arbeitstage und durch die teure Lebenshaltung in einer mitleidigen Lage befinden und daß deshalb mindestens die Erledigung der Lohnfrage dringend notwendig sei. Aber auch auf diese Anfrage ist heute, nach vier Monaten, noch nicht einmal eine Antwort erfolgt! Angesichts dieser Verschleppung ihrer Anträge bleibt den Arbeitern nichts weiter übrig, als der breiten Öffentlichkeit zu zeigen, wie es in Wirklichkeit mit der so viel betonten Arbeiterfürsorge der freisinnig-liberalen Herrschaft aussieht. Da bleibt den Arbeitern als einzig wirksames Mittel, sich zu organisieren bis auf den letzten Mann, um mit dem Stadtrat einmal gut deutsch reden zu können. Ob aber solche Behandlung geeignet ist, die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter zu heben, wagen wir zu bezweifeln, und somit liegt es wahrlich nicht im Interesse der Stadt, die Arbeiter in dieser Weise zu behandeln. Es ist dringend zu wünschen, daß diese Angelegenheit nunmehr baldigst erledigt wird. Der Stadtrat möge bedenken: auch die Geduld der langmütigsten Arbeiter geht einmal zu Ende! Unseren Kollegen aber raten wir, auch den letzten städtischen Arbeiter zur Organisation heranzuziehen, denn nur in der Vereinigung liegt die Stärke!

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Der Jahresrückblick des „Korrespondenzblatt“ der General-Kommission wird in Nr. 1 gegeben und u. a. auf die schwer geschädigte Tabakindustrie, den Sieg der Bauarbeiter und im Werftarbeiterkampf hingewiesen. Dann heißt es weiter: „Die Gewerkschaften werden sich durch diesen reaktionären Eifer, der lediglich die Schwäche der Position unserer Gegner verrät, in ihrem Wirken

nicht beirren lassen. Ihre Aufgabe bleibt noch wie vor, die Massen der Arbeiter wirtschaftlich zu organisieren und ihnen damit den notwendigen gleichen Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen zu sichern. Und sie haben dieser Aufgabe im letztverflohenen Jahre mit solch großem Erfolge obgelegen, daß sie befriedigt darauf zurückschauen können. Das Jahr 1910 hat ihnen einen Zuwachs von mehr als 200 000 Mitgliedern gebracht. Nach den uns zurzeit vorliegenden Abrechnungen und statistischen Angaben von 47 Verbänden vom 3. bzw. 2. Quartal 1910, mit zusammen 1 937 455 Mitgliedern, beträgt die Zunahme dieser Gewerkschaften seit dem gleichen Quartal des Vorjahres 1 933 316 oder 11,08 Proz. Die 7 Gewerkschaften, deren Mitgliederziffern pro 1910 uns noch fehlen, zählten im 3. Quartal 1909: 111 024 Mitglieder. Auch wenn bei diesen Verbänden weder eine Zunahme noch eine Abnahme an Mitgliedern eingetreten wäre, würde die zweite Mitglieder-Million überschritten sein. In der Voraussetzung aber, daß die oben ermittelte Durchschnittszunahme von 11,08 Proz. sich auf alle Gewerkschaften und auf das ganze Jahr 1910 erstreckt, würden unsere Gewerkschaften das Jahr mit etwas über 2,1 Millionen Mitgliedern abschließen. Zwei Millionen Mitglieder! Mit diesem Ergebnis ist ein neuer denkwürdiger Abschnitt der deutschen Gewerkschaftsbewegung erreicht. Die erste Million brachte uns das Jahr 1904 nach mehr als 20jähriger Organisationsarbeit. Schon drei Jahre später waren wir hart an die Grenze der zweiten Million herangekommen und nur die Wirtschaftskrise hinderte den weiteren Vormarsch. Nach zweijährigen Störungen und Schwankungen ging es wieder vorwärts und in eine neue Periode des Aufschwungs hinein. Wir stehen heute auch an der Wende eines Dezenniums. Was haben unsere Gewerkschaften in diesem Zeitraum erreicht! Von 1900 bis 1910 hat sich unsere Mitgliederzahl verdreifacht, unsere Einnahmen und Ausgaben verdacht, unsere Kassenbestände nahezu verdacht. Für Unterhaltungen (ohne Streikunterstützung) wurden 1899 insgesamt 1,60 Millionen Mark, 1909: 2,19 Millionen Mark aufgewandt. Speziell für Arbeitslosenfürsorge betrugen die Ausgaben damals 618 000 Mk., 10 Jahre später 6,72 Millionen Mk. und im ganzen Jahrzehnt etwa 40,25 Millionen Mk. Als vor 8½ Jahren der Stuttgarter Gewerkschaftskongress die Forderung nach Reichsbilfe für die gewerkschaftlichen Arbeitslosenfürsorgen erhob, wurde diese Stellungnahme teils verächtlich, teils als Annäherung zurückgewiesen. Heute sind sich die anerkanntesten Fachleute auf diesem Gebiete einig, daß als Träger der Arbeitslosenfürsorge einzig und allein die Gewerkschaften erfolgreich und berufen sind. Vor einem Jahrzehnt waren Tarifverträge kaum nach Hunderten zu zählen. 1909 bestanden 6578 Tarifverträge für 1,1 Million Arbeiter, die damit der einseitigen Unternehmerwillkür entzogen und paritätischem Recht unterstellt sind. Das sind Fortschritte, die Zeugnis geben von Notwendigkeit und Lebenskraft der Gewerkschaften, Erwerbsgesellschaften, auf die jeder stolz sein kann, der dazu beigetragen hat, und die alle diejenigen beschämen müssen, die seither den Gewerkschaften fernstehen. Man hat das letzte Jahrzehnt das Jahrzehnt der Gewerkschaften genannt. Zweifellos ist auch der große Aufschwung der deutschen Gewerkschaften sein bedeutsamstes Merkmal. Aber damit kann keineswegs gesagt sein, daß nunmehr der Höhepunkt der Gewerkschaftsentwicklung überschritten oder auch nur erreicht wäre. Das erste Jahrzehnt dieses Säkulums hat wohl große Erfolge gebracht, doch vieles bleibt noch zu erringen. — Das sind stolze Worte und doch treffen sie in jeder Beziehung das Richtige! Auch wir haben die Überzeugung, die deutschen freien Gewerkschaften sind sozusagen erst am Anfang ihres glänzenden Aufstiegs, der weder durch das organisierte Schwarzarbeiterum noch durch Gesetzesparagrafen wesentlich behindert werden kann.

Massen und Führer. Wir haben bereits in Nr. 3 einem gleichnamigen Artikel des Genossen A. v. Elm zustimmend Raum gegeben. Nun hat in der „Leipziger Volkszeitg.“, der „Premer Bürgerzeitung“ usw. aus der Wochenkorrespondenz des Genossen Dr. Pannicoel ein Artikel über die „Gewerkschaftliche Demokratie“ gestanden, der die berechtigte Abwehr zahlreicher Gewerkschaftsorgane sowie auch des „Korrespondenzblatts“ gefunden hat. Pannicoel hatte über obiges Thema u. a. geschrieben: „Der hier aber nichts anderes als die Frage steht: Wer ist besser befähigt, über einen Lohnkampf zu beschließen, die urteilslose Masse oder die weitblickenden Führer — der übersteht völlig den wirklichen Grund der Mißstimmung und der Konflikte. Dieser Grund ist bei den Gewerkschaftsbeamten selbst zu suchen. Wenn die Arbeiter sehen würden, daß diese Beamten eines Geistes mit ihnen wären, im Denken und Fühlen völlig mit ihnen übereinstimmten, so würden sie vielmehr unbesetzt und vertrauensvoll ihrer Führung folgen. Statt dessen sehen die Arbeiter, wie die Mehrzahl dieser Beamten sich in der Grundanschauung von ihnen entfernt, wie sie sich an die Politiker anlehnt, die auf ein Entgegenkommen an die bürgerliche Welt hinarbeiten; wie die Vorstände die Beamten theoretisch ausbilden lassen von Personen, die sich durch ihren bürgerlichen Standpunkt in der Partei unmöglich machten; wie sie sich gegen die Theorien und die theoretische Durchbildung, die die Arbeiter als Quelle ihrer Kraft erkennen, gleichgültig, skeptisch oder gar feindselig verhalten. Die Masse der im Kampfe vorantretenden Arbeiter

ist revolutionär, will möglichst scharf den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft führen, die Masse der Gewerkschaftsbeamten ist revisionistisch gesinnt. Das ist der tiefste Grund des Misstrauens; daher fürchten die Arbeiter auch in Fällen, wo die Furcht grundlos ist, daß jedesmal eine allgemeine grundsätzliche Abneigung gegen den Kampf der Grund des Brennsens ist. — So unhaltbar, ja geradezu lächerlich diese haltlosen Beschuldigungen sind, sie werden noch übertroffen durch einen Artikel des gleichen Verfassers mit der geschmackvollen Ueberschrift: „Unteroffiziere“, in dem es u. a. heißt: „Diese Arbeiterbeamten leben nun unter Verhältnissen, die von denen der Masse der Proletarier verschieden sind. Wenn sie auch nicht alle finanziell besser gestellt sind, als die besser entlohnerten Arbeiter, so ist ihre Lebensstellung doch sicherer und ruhiger; sie stehen als fest besoldete Beamte der niederen Intelligenz und der häuslichen Bürokratie gleich. Daher wird nur zu oft namentlich die revolutionäre Gesinnung allmählich einer bürgerlichen Lebensauffassung weichen. So entzieht nach und nach ein Gegensatz zwischen den Massen und den Führern.“ — Diese Verbeugungsartikel weichen zweifelsohne einen bedauerlichen Mangel an Verantwortungsfreudigkeit auf. Das erscheint um so schlimmer, als sich Dr. Pannetier offensichtlich zu den „Offizieren“ rechnet, der bloß mal zu „schmeißen“ braucht, und die „Unteroffiziere“ werden dann schon tun. Wenn man nun auch der Meinung sein kann, daß das Maß der Abwehr in Nr. 2 des „Correspondenzblatt“ etwas reichlich ausgefallen ist, so darf das doch nicht so sehr wundernehmen, nach solchen „wissenschaftlichen“ Betrachtungen Pannetiers. Wundern müssen wir uns aber über diejenigen Parteiblätter, die sich zum Träger solcher Verbeugungsarbeit machen. Würde es sich dabei um eine einmalige Entgleisung handeln, so verlohnte es sich, darüber zu reden. So aber kann wohl gefordert werden, daß die beteiligten Parteiredakteure auch vor der Drucklegung die Artikel lesen, woran man fast zweifeln möchte.

Der Verband der Rüttler konnte am 1. Januar auf eine 23jährige Tätigkeit zurückblicken. Am 28. August 1885 wurde die Gründung des Verbandes beschlossen und den Bremer Kollegen die Vorarbeiten übertragen. Nachdem die Statuten behördlich genehmigt waren, konnte der Verband am 1. Januar 1886 seine Tätigkeit aufnehmen. Die Entwicklung ging langsam vorwärts, auf der im Jahr später tagenden ersten Generalversammlung zählte der Verband in 10 Zahlstellen 1800 Mitglieder. Aber die Beiträge waren zu niedrig, um größere Leistungen zu ermöglichen. Immerhin beschloß man in jener Generalversammlung die Herausgabe eines eigenen Organs, das zunächst in Berlin redigiert und in München gedruckt wurde, während der Vorstand seinen Sitz in Bremen hatte. Allmählich kam der Verband jedoch in mehr gebotene Bahnen, die Beiträge wurden erhöht, das Unterstützungswesen eingeführt, in zahlreichen Kämpfen die Mitglieder gekämpft. Mit der Anstellung geeigneter Kräfte in der Verbandsleitung und für die Agitation wurde eine geordnete Verwaltung geschaffen und heute zählt der Verband in 160 Zahlstellen 8000 Mitglieder, womit ein größerer Prozentsatz von Berufsangehörigen organisiert ist.

Gerichts-Zeitung

Ein merkwürdiger Entscheid. Unsere Kollegen hatten in Tangermünde zum 6. November zu einer Versammlung eingeladen. Als einziger Punkt der Tagesordnung war angelegt: Vortrag über „Die Bewegung der städtischen Arbeiter und ihre Erfolge“. — Dem Einberufer ist nun folgende Zustellung geworden: „Der Gewerkschaftssekretär Str. in Magdeburg hat am 6. November 1910 in Tangermünde eine Versammlung ohne die vorgeschriebene Anzeige oder Bekanntmachung veranstaltet, indem er die Zusammenberufung einer öffentlichen Versammlung, zu welcher eine unbestimmte Mehrzahl von Personen Zutritt hatte, durch Verteilung von Flugblättern zu dem Zwecke veranlaßt hat, Fragen der Sozialpolitik, also politische Angelegenheiten zur Erörterung zu bringen und auf den Beitritt von Mitgliedern zu dem sozialdemokratischen Verbands hinzuwirken. Die Uebertretung wird bewiesen durch das Zeugnis der Polizeisekretäre Thoms und Hoffmann in Tangermünde. Es wird deshalb gegen den Gewerkschaftssekretär Str. auf Grund der §§ 5 und 18 Ziffer 2 des Gesetzes vom 10. April 1908 (Reichsgesetzblatt S. 151a) eine bei der Kammerkasse hier selbst zu erlegenden Geldstrafe von fünf Mark, an deren Stelle, wenn sie nicht bezutreiben ist, eine Haft von einem Tage tritt, festgesetzt. Findet der p. St. sich durch diese Straffestsetzung beschwert, so kann innerhalb einer Woche von Zustellung dieser Verfügung an bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers auf gerichtliche Entscheidung antragen werden. Erfolgt binnen dieser Frist ein solcher Antrag nicht, so wird die festgesetzte Strafe vollstreckt. Gegen die Verurteilung der Antragsfrist kann Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt werden, wenn der Beschuldigte durch Naturereignisse oder durch andere unabwendbare Zufälle an der Einhaltung der Frist verhindert worden ist. Der Antrag muß binnen einer Woche nach Beseitigung des Hindernisses unter Angabe und

Glaubhaftmachung der Versäumnisgründe bei der Polizeibehörde oder bei dem Amtsgericht angebracht werden. Tangermünde, den 31. Dezember 1910. Die Polizeiverwaltung.“

Entweder ist der waderen Polizeibehörde von Tangermünde noch nichts zu Ohren gekommen vom neuen Vereinsgesetz, oder man legt dessen Paragraphen aus, wie's die Gesetzgeber gewiß nicht beabsichtigten. Haben wir nun also ein freies Vereinsgesetz oder nicht?

Rundschau

Die ortsüblichen Tagelöhne. Gemäß einem Rundschreiben der Landeszentralbehörden sind in den letzten Monaten in vielen Bezirken des Deutschen Reiches die „ortsüblichen Tagelöhne gewöhnlicher Tagearbeiter“ neu festgesetzt worden. Die Änderungen sind teils schon in Kraft getreten. Die Fälle werden nach § 8 des Krankenversicherungsgesetzes nach Anhörung der Gemeindebehörde sowie der beteiligten Unternehmer und Arbeiter von der höheren Verwaltungsbehörde festgesetzt. Die Maßnahme hat für die Arbeiter eine große Bedeutung, da der „ortsübliche Tagelohn“ eine große Rolle spielt, namentlich in der sozialen Beschäftigung. In der Krankenversicherung richtet sich, soweit die auf dem Lande noch vertretenen Gemeinde-Krankenversicherungen in Betracht kommen, das Krankengeld nach dem ortsüblichen Tagelohn, von dem es mindestens die Hälfte sein muß. In der Invalidenversicherung bildet der ortsübliche Tagelohn für alle Personen, die keiner Krankenkasse angehören oder für die nicht seitens der Behörden ein besonderer Jahresarbeitsverdienst festgesetzt ist, die Grundlage für die Zuteilung zu den einzelnen Lohnklassen. Uebernimmt die Landesversicherungsanstalt ein Selbstverfahren, so ist für die Angehörigen des Verpflegten eine Familienunterstützung von mindestens einem Viertel des ortsüblichen Tagelohns zu gewähren. Besonders wichtig ist seine Bedeutung in der Unfallversicherung. Bei versicherten Personen, welche keinen Lohn oder weniger als den 300fachen Betrag des ortsüblichen Tagelohns erhalten, gilt als Jahresarbeitsverdienst dieser Betrag. Aber auch die Gewerbeordnung kennt den ortsüblichen Tagelohn, und zwar im § 124b. Für den Fall rechtswidriger Auflösung des Arbeitsverhältnisses kann sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeiter, ohne an den Nachweis eines Schadens gebunden zu sein, als Entschädigung für den Tag des Vertragsbruchs, höchstens aber für eine Woche, den Betrag des ortsüblichen Tagelohns fordern. Schließlich dient der ortsübliche Tagelohn noch zur Berechnung der Unterstützungen, welche die Familienangehörigen der zu militärischen Übungen einberufenen Mannschaften erhalten sollen. Dieser großen Bedeutung entspricht nicht die Art und Weise der Festsetzung des ortsüblichen Tagelohns. Sie ist ganz in das Ermessen der Behörden gelegt. Diese können die Personen und Stellen, die sich äußern sollen, auswählen usw. Mit Recht ist daher schon (auch von einem Krankenkassenrat) gefordert worden, daß sich die Feststellungen auf Statistiken gründen sollen, die über die Arbeitslöhne von den Krankenkassen oder ähnlichen Stellen aufgenommen werden. Bei den letzten Revisionen sind vielfache Veränderungen vorgenommen worden. Wir haben in Nr. 49 der „Gewerksch.“, Jg. 1910, über die Fälle der wichtigsten Städte berichtet. Trotz der Erhöhungen sind im großen ganzen die Fälle noch sehr niedrig. Wären sie allenfalls richtig und zutreffend festgesetzt, so bildeten sie eine derbe Anklage gegen unsere wirtschaftlichen Zustände, die solche niedrige Löhne und eine dementsprechende niedrige Lebenshaltung der Arbeiter bedingen. Die Fälle sind aber meist ungerechtfertigterweise zu niedrig festgelegt. Sie schädigen somit die betreffende Arbeiterschaft, denn sie brüden die ohnehin lärglichen Leistungen der Sozialreform, wie Krankengeld, Unfallrenten usw., noch weiter herab, als das vom Gesetz vorgesehen ist.

Zur Frage der Arbeitslosenversicherung in Berlin. Im Berliner Rathaus hatte die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion einen Antrag nebst Statutenentwurf eingebracht, der die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung und Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises forderte. In der Sitzung vom 10. Januar begründete Genosse Dupont die Forderung der Arbeitslosenversicherung. Er wies dabei auf die fortgesetzte, sich sogar steigende Arbeitslosigkeit hin. Besonders die letzten 20 Jahre brachten bereits 9 bis 10 Krisenjahre. Notstandsarbeiten, die fast immer in Erdarbeiten bestehen und im Winter ausgeführt werden, sind unwirtschaftlich und um 50 Proz. teurer als unter normalen Verhältnissen verrichtet. Auch können Erdarbeiten nicht allen Arbeitern zugemutet werden. Mit Armenunterstützung und Vergrößerung des Obdachs ist auch in Berlin der Arbeitslosigkeit nicht mehr beizukommen. Die Arbeiterorganisationen haben für die Arbeitslosigkeit 1900 zwei Millionen geleistet, außerdem an Arbeitsunterstützung 50 000, an Krankenunterstützung über 1 Million, Sterbegeld 140 000, Invalidenunterstützung 130 000 und für besondere Notfälle 150 000, insgesamt zirkulär 4 000 000 Mk. in einem Jahre. Die Stadt Schöneberg ist in der Arbeitslosenversicherung bereits vorangegangen. Die Anstalt des Stadtrats Fischel, es sei

unmöglich, für Berlin eine Versicherung einzuführen, ist nicht wahr. Zur Schaffung des städtischen Arbeitsnachweises führte Stadtverordneter Wurm (Soz.) u. a. aus: Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis bedingen einander. Wir wünschen nicht einen bürokratischen Arbeitsnachweis, sondern einen solchen, der paritätisch unter Hinzuziehung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter städtischer Aufsicht arbeitet. Charlottenburg, Schöneberg, Nixdorf haben bereits städtische Nachweise; es ist also eine Kleinigkeit für Berlin, mit diesen zusammenzuarbeiten; und dann bleibt doch hoffentlich die Entwicklung nicht stehen, sondern geht auch auf diesem Gebiet in den anderen Vorortsgemeinden vorwärts. Was für einen gut geleiteten Arbeitsnachweis aus gegeben wird, wird an Armenunterstützung und Verelendung geharrt. Eine sonderbare Rolle, wie immer, spielte bei dieser Frage Herr Goldschmidt, der „Führer“ der Hirsch-Duncker'schen Gewerbevereine. Er kam aus dem Bann und Aber und Einerseits-Anderserseits nicht heraus. Zwei verboberte Innungsmeister wollten den Anträgen gar noch mit dem Märchen von dem Terrorismus der Arbeiter zu Leibe rücken, ein Beginnen, was ihnen aber von den Sozialdemokraten gründlich verfallen wurde. Der Magistrat beschränkte sich darauf, die Angelegenheit durch Dinauschieben zu erledigen. Die Frage bedürfe „eingehender“ Erörterung. Der Städtetag würde diese Erörterung „gründlich“ besorgen. Die Rechtsbrecher brachten alle möglichen Einwände zutage und bemühten sich, die Anträge tot zu reden. Sie wurden schließlich einer gemischten Deputation überwiesen. Daß von dort nicht viel für die Sache herauskommen wird, dürfte nach den Debatten im Plenum nicht zweifelhaft sein. An Rückständigkeit übertrifft der Berliner Kommunalparlament manches Junterparlament.

Sondershäuser Sozialpolitik. Wie das „Lamb. Echo“ mitteilt, war den jüdischen Arbeitern in Sondershausen bei ihren Arbeiten eine der Stadt gehörige Gade abhanden gekommen; sie konnte trotz eifriger Nachforschungen nicht wieder zur Stelle geschafft werden. Doch der zweite Bürgermeister, Puffhardt, wußte in dieser schwierigen Situation einen Ausweg. Er sperrte kurzerhand sämtliche jüdischen Arbeiter aus! Für den Bürgermeister bedeutet diese Maßregel natürlich nichts, er fühlt den Hunger der Arbeiter und ihrer Familien nicht. Wer erkennt aus diesem Beispiel nicht die dringende Notwendigkeit einer Organisation?

Der Streik an den Wiener Theatern hat eine recht merkwürdige Ursache. Der freigewerkschaftliche Wiener Musikerbund hat sich vor kurzem mit der Union der Bühnenpersonale, der die technischen Arbeiter-Abteilungsvorstände, zum Teil auch schon die Chorsänger angehören, verschmolzen. Daneben besteht aber der Oesterreich-ungarische Musikerverband weiter und im Einverständnis mit diesem und der Schauspielerverbände beschloß der der Hauptstelle der Arbeitgeberverbände angeschlossene Wiener Direktorenverband, die von der Musikerfektion der Union verlangte Gleichstellung ihrer Arbeitsvermittlung mit der des Musikerverbandes abzulehnen. Auch die Anerkennung der Union wurde abgelehnt. Raib darauf wurden die der Union angehörigen Musiker des Theaters an der Wien, Naimund-Theaters und Apollo-Theaters unter dem Vorwand der Verurlaubung ausgesperrt, ebenso die Bühnenarbeiter. Daraufhin sind die Unionsangehörigen an drei weiteren Bühnen, die die Union nicht anerkannt hatten, in den Streik getreten, und zwar am Karl-Theater, Josephstädter und Lustspiel-Theater. Das Johann-Strauß-Theater, die Volksooper, das Deutsche Volkstheater und die Theatervarietés, Colosseum und Monarch, haben die Union anerkannt und blieben daher von der Bewegung unberührt. Die von dem Musikerverband und der städtischen Arbeitsvermittlung gestellten Streikbrecher arbeiteten so, daß die Pausen unglücklich verlängert wurden und beispielsweise im Naimund-Theater in einer Pause das musikalische Zwischenspiel zwölfmal wiederholt werden mußte, ehe der Bühnenaufbau glücklich beendet war. Einen ersten Erfolg erzielte die Union im Apollo-Theater, das die Forderungen bewilligte und die Streikbrecher entließ. Direktor Jarno vom Josephstädter und Lustspiel-Theater erklärte, daß er nur gezwungen mitmache und sich sowohl bei den Direktoren für friedliche Beilegung einsetzen, als keinem der Beteiligten etwas nachtragen wolle.

Für unsere Veteranen!

Im Deutschen Reichstag herrschte nie noch Einigkeit so ungebener: Einstimmig und begeistert schrie Das Haus nach der Wertzuwachsteuer. Für allen Kämpfer soll nun nicht Mehr hungern — macht's uns doch Verzagen. Der nationalen Ehrenpflicht, Ge's auch mit Opfern, zu genügen! Und ein Entwurf kam, nein, so brav! Zwei Jahre waren kaum entwichen. Drum hat von jedem Paragrah Die Kommission was abgestrichen.

Die Zeit ist schwer, die Steuerlast Schon viel zu groß Nachkommen tral der Entwurf vors Plenum. Ach, wie hast Du dir verändert, armer Vater! Der Veteranen Mehrzahl schick Davon. Ruht sanft, ihr tapfern Streiter! ... Gut Ding braucht Weile! Und man strich An dem Entwurf grobherzig weiter Und als das edle Volk getan Und nicht ein Fernitz eingefangen, Gar auch der letzte Veteran, (Schlöß, inzwischen drausgegangen. U. Alban im „Tag“.

Verbandstell

Quittung der Hauptkasse.

Im Monat Dezember gingen folgende Gelder an Beiträgen ein:
Für das 3. Quartal 1910: Königsberg 253,16 RM.
Für das 4. Quartal 1910: Nischenleben 102,63 RM., Cassel 260.— RM., Chemnitz 500.— RM., Cobbelau 200,25 RM., Hamburg 7000.— RM., Hof 105,15 RM., Rippingen 44,10 RM., Ralberg 100.— RM., Rönigsberg 389,49 RM., Landshut 119,10 RM., Leipzig 1450.— RM., Mainz 500.— RM., Mannheim 1200 RM., Mühlhausen 450.— RM., Rünchen 270.— RM., Sangerhausen 5,10 RM., Schwabach 68,20 RM., Schweinfurt 43,37 RM.
Für Kalender: Nischenleben 4.— RM., Bamberg 15.— RM., Dresden 50.— RM., Geweiler 4.— RM., Hof 7,50 RM., Jena 1.— RM., Rippingen 3,50 RM., Ralberg 6,50 RM., Rönigsberg 15.— RM., Offenbach 15.— RM., Rostock 5.— RM., Schwabach 4.— RM., Straubing 3,50 RM., Wiesbaden 2,50 RM., Wismar 9.— RM.
Für Internationale Konferenz-Protokolle: Bamberg 0,60 RM., Dresden 10.— RM., Geweiler 2.— RM., Ralberg 3.— RM., Rönigsberg 4.— RM., Leipzig 4.— RM., Schwabach 0,30 RM., Straubing 0,30 RM.
Für Inserate: Bamberg 3,90 RM.
Berne gingen ein: Glafen 100.— RM., einzelne Nummern der „Gewerkschaft“ 0,60 RM., Rönigsberg, Stempel 8,15 RM., Verbandschriften 3,07 RM., zurückgehaltene Telefonbesen 1.— RM., zurückgehaltene Porto 2,70 RM.

Von Einzelmitgliedern:

Buch Nr.	Rm.	Buch Nr.	Rm.	Buch Nr.	Rm.	Buch Nr.	Rm.
34 191	3,00	65 331	4,80	102 107	3,15	102 300	4,00
34 880	5,30	65 637	0,90	102 128	3,80	102 300	3,25
34 888	5,30	101 568	0,80	102 130	4,30	102 300	2,45
49 109	1,20	101 854	3,80	102 131	1,50	102 300	3,50
49 341	2,50	101 935	2,25	102 151	7,00	102 408	3,25
49 399	2,80	102 014	2,75	102 152	3,25	102 408	3,20
49 890	5,30	102 018	4,80	102 158	3,15	102 410	5,00
49 177	1,20	102 019	3,25	102 168	4,00	102 422	2,20
49 178	1,20	102 030	2,10	102 176	1,40	102 423	3,50
49 181	1,20	102 042	3,25	102 184	3,00	102 424	5,05
49 195	1,20	102 047	3,50	102 222	4,85	102 425	5,70
55 052	4,00	102 084	3,15	102 227	4,20	102 426	3,80
55 054	2,00	102 075	4,20	102 229	4,55	102 427	5,70
64 937	0,50	102 079	2,50	102 237	7,20	102 428	5,70
64 940	5,00	102 081	3,00	102 304	4,55	102 428	5,80
64 943	2,10	102 091	3,50	102 322	2,50	102 474	5,50
64 944	2,10	102 098	5,25	102 323	2,25		
64 948	0,50	102 100	3,75	102 328	3,80		

G. A. Mann, Hauptkassener.

Briefkasten

D. Vera. Die Notiz in Nr. 48/10 ist einer Zeitung entnommen.

Totenliste des Verbandes.

Karl Simon, Mannheim Stredenwärter † 10. 1. 1911, 41 Jahre alt.	Catharina Bohrer, Mühlhausen i. G. † 12. 1. 1911, 63 Jahre alt.
Andreas Dietrich, Stuttgart Gaswerl † 10. 1. 1911, 39 Jahre alt.	Heinrich Henseler, Köln † 14. 1. 1911, 58 Jahre alt.
Johann Schlegel, Hürberg Lagerplatz † 10. 1. 1911, 54 Jahre alt.	Emil Beck, Stuttgart Schlachthofwärter † 14. 1. 1911, 80 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Geschäftsführer gesucht!

Infolge Weggangs des bisherigen Geschäftsführers wird für die Filiale Frankfurt a. M. ein tüchtiger Geschäftsführer gesucht. Derselbe muß in der Führung der Filialgeschäfte bewandert und zur Entfaltung und Leitung der Agitation befähigt sein, sowie die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen. Antritt möglichst sofort. Das erste Vierteljahr gilt als Probezeit. Die Anstellung erfolgt mit 2000 RM., steigend jährlich um 100 RM. bis zu 2200 RM.
Bewerbungen sind mit Lebenslauf und Angaben über die bisherige Tätigkeit in unserem Verbande, sowie der Arbeiterbewegung überhaupt und mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen, bis zum 10. Februar an den Kollegen Peter Watern, Frankfurt a. M., Bergerstraße 330, zu richten.